

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS



Nr. 72

5. JUNI 1990

DM 1,- / 1 Mark der DDR

Kapitalistischer Anschluß: Sklaverei für Frauen Für ersatzlose Streichung der Paragraphen 218 und 219!



Spartakist



Der Spiegel

Berliner Demos zur Verteidigung der Frauen. Links: Spartakist-Sprecherin am Internationalen Frauentag

„Kinder, Küche, Kirche“ — das ist die Perspektive für Frauen in einem Vierten Reich, das die deutsche Bourgeoisie jetzt aufriichten will. Ein Pfeiler im reaktionären Sturm auf die Rechte der Frau ist auch hier, wie immer, ein Kreuzzug gegen das Recht auf Abtreibung. Der bayerische „Frei“staat reitet an der Spitze einer ungeheuerlichen Hexenjagd gegen alle, die es wagen, sich gegen die reaktionären Abtreibungsparagraphen in der BRD aufzulehnen. Gleichzeitig sind Frauen in der DDR durch eine

Übernahme der Paragraphen 218 und 219 bedroht. Abgeschafft würde dadurch das relativ weitgehende Recht auf kostenlosen und sicheren Schwangerschaftsabbruch auf Wunsch, das es in der DDR seit 1972 gibt.

Tausende, die das Recht von Frauen auf Abtreibung unterstützen, werden am 16. in Bonn auf die Straße gehen, um die Streichung des § 218 zu fordern. Die Vielzahl der Organisationen im DGB, die diese nationale Mobilisierung

Fortgesetzt auf Seite 4

Hände weg von PDS und FDJ!

Über 60 000 Demonstranten versammelten sich am 2. Juni im Berliner Lustgarten, um gegen den Vernichtungsfeldzug der kapitalistischen Volkskammer-Regierung gegen die PDS zu protestieren. Die Spartakist-Arbeiterpartei hatte sofort einen Protestbrief an die Volkskammer-Präsidentin gesendet, der auszugsweise in Neues Deutschland (2./3. Juni) abgedruckt wurde. Wir nahmen an der Kundgebung mit einem Büchertisch und Plakaten teil, unter anderem mit den Losungen „Hände weg von der PDS!“, „Stopp! die antikommunistische Hexenjagd“, „Meckell/Lafontaine: Bluthunde der Deutschen Bank“, „Kohl darf nicht Reichskanzler werden! Willy Brandts Enkel auch nicht“ und „Für Arbeiterwiderstand gegen Anschluß!“. Teilnehmer kauften Hunderte unserer Zeitungen, wir verteilten Tausende Flug-

blätter zu Don Alexanders Redetour (siehe Seite 16). SpAD-Sprecherin Renate Dahlhaus erhielt bei der Kundgebung Applaus für ihre Rede, die wir hier abdrucken.

Liebe Freunde und Genossen, wir fordern: Hände weg von PDS und FDJ. Die antikommunistischen Enteignungsmaßnahmen müssen verhindert werden. Die Volkskammer, als Handlanger der Frankfurter Bankiers, beschloß, mit Methoden des Dritten Reichs das Eigentum von FDJ und PDS zu klauen, diese Organisationen zu vernichten, den erschaffenen Reichtum der DDR zu stehlen und niederträchtig die Werktätigen der DDR auszubeuten. Mit Polizeigewalt drang man bei der

Fortgesetzt auf Seite 13

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

Mosambikanische Arbeiter in Hoyerswerda: „In jeder Ecke der Stadt Gefahren ausgesetzt“

Im folgenden drucken wir einen Brief ab, der uns von mosambikanischen Arbeitern aus Hoyerswerda geschickt worden ist. Ihr Brief bezieht sich auf unseren Brief an mosambikanische Arbeiter vom 7. Mai, der unsere Solidarität gegen faschistische Angriffe zum Ausdruck bringt. Unser Brief „Für Arbeitermobilisierungen – Verteidigt ausländische Arbeiter! Mosambikaner von Faschisten angegriffen“ ist in Spartakist Nr. 71, 22. Mai veröffentlicht worden.

Hoyerswerda, 15. Mai 1990

Antwort auf Euren Brief! Am 14.5.90 haben wir Euren Brief erhalten und antworten jetzt.

Was unsere jetzige Situation im einzelnen in unserer Stadt Hoyerswerda im Kreis Cottbus angeht, so sind wir mit verschiedenen Problemen konfrontiert, sowohl in unserer Freizeit als auch im Alltag – einige von uns befinden sich im Krankenhaus.

Nachts werden wir angegriffen, d. h. fremde Personen tauchen nachts auf und zerschlagen Fenster unserer Wohnheime.

Während dieser langen Tage sind wir in jeder Ecke der Stadt Hoyerswerda Gefahren ausgesetzt, oft ist nachts eine Polizeiwache hier. An den Wochenenden haben wir wegen Schlägereien keine Möglichkeiten und keinen Ort, unsere Freizeit gemeinsam mit deutschen Jugendlichen zu verbringen, und sind gezwungen, in unseren Wohnheimen zu bleiben. Was unseren Arbeitsplatz betrifft, so geben unsere Arbeitskollegen fremdenfeindliche Bemerkungen von sich, aber wir müssen Geduld haben, und so fühlen wir uns während unserer Arbeit sehr isoliert, die wir bis heute als

sehr unsicher betrachten, weil wir immer noch nicht wissen, was uns die Zukunft in dieser Deutschen Demokratischen Republik bringt.

Wir umarmen Euch – und gute Arbeit. Wir bitten um Eure Antwort so schnell wie möglich!

Protest gegen antipolnischen Rassismus von Aldi

Am 26. Mai haben die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands und das Komitee für soziale Verteidigung eine Protestkundgebung vor dem Aldi-Supermarkt in der Markthalle in Berlin Kreuzberg durchgeführt. Rund 20 Demonstranten riefen „Aldi – Supermarkt des Vierten Reichs“ und trugen Plakate, auf denen gefordert wurde „Weg mit der rassistischen Ausgrenzungspolitik von Aldi!“, „Nieder mit antipolnischem Chauvinismus!“ und „Nie wieder Auschwitz – Stoppt den Drang zum Vierten Reich!“ Einige Tage zuvor hatte die Geschäftsleitung von Aldi an den Eingangstüren des Ladens empörende rassistische Plakate aufgehängt, in denen unter dem Titel „Informationen für unsere polnischen Kunden“ angekündigt wird, daß von nun an Polen nur noch begrenzte Mengen einkaufen dürfen. Als Aldi von dem Protest hörte, entfernten sie das deutschsprachige Plakat, um Solidarität von deutschen Kunden zu verhindern, während das polnische Plakat hängen gelassen wurde.

Immer wieder blieben Menschen stehen und solidarisierten sich mit dem Protest, viele von ihnen Immigranten, die selber von der chauvinistischen Welle betroffen sind. Eine jugoslawische Restaurantbesitzerin schloß sich dem Protest an, und der Verkäufer eines Gemüseladens in der Nähe forderte seine Kunden dazu auf, sich dem Protest anzuschließen, und rief: „Hier können alle kaufen, soviel sie wollen, auch die Polen.“ Zwei polnische Journalisten waren da, ebenso Associated Press, deren Bericht im *Tagesspiegel*, in der *Berliner Morgenpost* und der *Frankfurter Rundschau* erschien.

Aldis neue Version der Ausgrenzungspolitik greift die Rassenpolitik des Dritten Reichs zurück. Sie geht Hand in Hand mit eskalierenden Polizeiüberfällen und damit verbundenen Abschiebungen sowie mit rassistischen, deutschnationalen Demonstrationen unter dem Vorwand des polnischen Marktes in Berlin. Diese Diskriminierung nach dem Motto „Nur für Arier“ muß aufhören. Als wir die Gewerkschaft HBV über den Protest informierten, sagte uns ein Sprecher, daß auch die HBV gegen diese rassistischen Plakate ist. Die Beschäftigten von Aldi müssen fordern, daß die Plakate entfernt werden. Volle Staatsbürgerrechte für alle eingewanderten Arbeiter und ihre Familien! ■

SPARTAKIST

herausgegeben von der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

Die SpAD wurde gegründet von der
Trotzkistischen Liga Deutschlands und Mitgliedern
der Spartakist-Gruppen am 21. Januar 1990

REDAKTION: Marianne Clemens (herausgebende Redakteurin),
Toralf Endruweit, Doris Kohn, Len Markow, Bert Matthes,
Jan Norden, Federico Parodi, Mark Richard, Max Schütz
(verantwortlicher Redakteur), Uli Voss, Fred Zierenberg

PRODUKTION: B. Matthes

VERTRIEB: J. Pfeiffer

PRESSERECHTLICH VERANTWORTLICH: C. Rosen,
2000 Hamburg 74

Verlag Avantgarde GmbH, Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11;
Fax: (0 40) 33 01 54

Kontakt und Korrespondenz, Spartakist: Redaktion (0 30) 4 91 45 48
c/o Verlag Avantgarde

Postfach 51 06 55, 1000 Berlin 51
Postfach 2002, Berlin 1026, DDR

Abonnement (8 Ausgaben): DM 10,- / 10 Mark der DDR
Postgirokonto Frankfurt/Main 119 88-601

SparKasse der Stadt Berlin, Konto-Nr. 6652-44-314496

Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt in allen Punkten der Auffassung
der Redaktion.

Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb.

Registriernummer 1731 des Presse- und Informationsdienstes der DDR
ISSN 0173-7430

Nr. 72

5. Juni 1990

ÖFFENTLICHE DEBATTE ZWISCHEN SpAD UND KOMMUNISTISCHER PLATTFORM DER PDS

Kommunismus und die Aufgaben der Kommunisten heute

Donnerstag, 7. Juni 1990, 19.00 Uhr
im Konsultations- und Informationszentrum
der PDS Berlin

Berlin 1020, Oberwasserstraße 12, Zimmer 100

Internationale Protestwoche

Rettet das Leben von Mumia Abu-Jamal!

Weg mit der rassistischen Todesstrafe!

In Einzelhaft im Staatsgefängnis von Huntingdon, Pennsylvania, erwartet Mumia Abu-Jamal der elektrische Stuhl. Er ist heute ein politischer Gefangener in der Todeszelle, weil er sich dieser rassistischen, kapitalistischen Ordnung widersetzt hat. Ein ehemaliger Sprecher der Black Panther Party, ein klarer Unterstützer von MOVE und ein Journalist, der „die Stimme der Entrechteten“ genannt wird, weil er sich für die Rechte der Unterdrückten engagiert, ist Mumia 21 Jahre lang im Fadenkreuz der rassistischen Mörder-Bullen von Philadelphia gewesen. Weil er ein Kämpfer ist, der immer noch gegen das rassistische System Widerstand leistet, das ihn zu töten versucht, macht der Staat den legalen Lynchstrick fertig für Mumia Abu-Jamal.

Mumias Geschichte spiegelt die Geschichte einer Generation von schwarzen Aktivisten wider, von der Bürgerrechtsbewegung bis zu den Reagan-Jahren. Mit 13 Jahren wurde Mumia das erste Mal in Südphiladelphia, einer weisen rassistischen Bastion des Bürgermeisters Frank Rizzo, geschlagen und verhaftet, weil er gegen eine Kundgebung protestierte, die für den Gouverneur von Alabama, George „Rassentrennung für immer“ Wallace, abgehalten wurde. Mit 14 war Mumia Mitbegründer und Informationsminister der Ortsgruppe der Black Panther Party in Philadelphia; wie er sich erinnert, hat diese Erfahrung „meine Feder mit einem unverkennbaren antiautoritären und gegen das Establishment gerichteten Charakter geladen, der bis zu diesem Tag überlebt.“

Als allgemein anerkannter Journalist seit 1970 hat Mumia bei landesweiten Radiostationen Sendungen gemacht, Interviews mit Julius Erving, Bob Marley, puertoricanischen Unabhängigkeitskämpfern und anderen, und wurde 1980 zum Vorsitzenden der Ortsgruppe der Association of Black Journalists in Philadelphia gewählt. Mumia ist ein sehr bekannter Unterstützer der Organisation MOVE aus Philadelphia und selbst die Zielscheibe eines mörderischen Rachefeldzugs, den Rizzos Bullen entfesselt haben. 1978 berichtete Mumia über die Kampagne von Rizzo gegen MOVE, und die Belagerung des MOVE-Hauses in Powelton Village durch mehr als 600 schwerbewaffnete Bul-

len. 1985 gipfelte dieser Feldzug in der grauenhaften Bombardierung von MOVE durch Bürgermeister Wilson Goode, durch die elf Menschen getötet wurden, darunter fünf Kinder.

In Philadelphia besetzte am 5. November 1988 eine Kundgebung von Arbeitern/Schwarzen gegen den Ku Klux Klan triumphierend Independence Mall, den Platz eines angedrohten Marsches von Skinheads/Klan. Die Aufbauarbeit des Partisan Defense Committee bei der Mobilisierung „Stoppt den KKK!“ führte zu massenhaftem Widerstand gegen die rassistischen Terroristen, von Gewerkschaftsmitgliedern, Bürgerrechtsaktivisten, Nachbarschaftsgruppen und anderen, und KKK/Skinheads wurden erfolgreich daran gehindert, auch nur den Versuch zu wagen, aufzutreten. Mumia Abu-Jamal schickte auf Band eine Botschaft an die Kundgebung in seiner Heimatstadt: „Es ist Zeit, daß Leute dem Klan die Kapuzen runterreißen und sich genau ansehen, was drunter steckt“, und er beschrieb „die wesentliche Rolle und Funktion des Klans: Rassenhaß zu benutzen, um die vielen Völker zu teilen, aus denen dieses Land besteht, so daß die Wenigen, die herrschende Klasse, die Vielen leichter ausbeuten können.“ „Die Klandemonstration wird zweifellos von der Bullenschwadron eingekreist, deren einzige Aufgabe es ist, den Klan zu beschützen, falls er auftauchen sollte“, fuhr Mumia fort. „Es paßt genau, daß die Bullen, eine Agentur des Staates, den Auftrag haben, einen anderen Agenten, den Klan, zu beschützen. Denn täuscht euch nicht, der KKK dient den Interessen der herrschenden Klasse, die teilen muß, um zu herrschen... Denn Rassisten, die weit tödlicher sind, sitzen da in ihren schwarzen Roben und schicken Schwarze, Hispanics und Arme ins Gefängnis, wo der Staat den Sklavenhalter spielt.“

Am 9. Dezember 1981 versuchten die Bullen, Mumia Abu-Jamal auf der Straße zu töten, scheiterten aber. Er wurde mit einer blutenden Bauchverletzung ins Krankenhaus eingewiesen, er wurde verhaftet, und gegen ihn wurde die fabrizierte Anklage erhoben, einen Bullen getötet zu haben. Bei seinem Prozeß wurde ihm ein Anwalt seiner Wahl verweigert. Um Geschworene für ein Todesurteil zu kriegen, ließ es das Gericht zu, daß ein Weißer Geschwore-

Fortgesetzt auf Seite 15

Demonstriert in Berlin und Hamburg!

RETTET DAS LEBEN VON MUMIA ABU-JAMAL!

Stoppt die rassistischen „legalen“ Lynchmorde!

Weg mit der Todesstrafe!

Dienstag, 3. Juli, 16.00 Uhr

USA-Generalkonsulat, Alsterufer 27-28, Hamburg

USA-Botschaft, Neustädtische Kirchstr. 4-5, Berlin, DDR

Um die Demonstration zu unterstützen und für Information:

Komitee für soziale Verteidigung, Tel. (0 40) 32 36 44, (0 30) 432 78 66

Paragrafen 218 und 219...

Fortsetzung von Seite 1

unterstützen, zeigt, daß es an der Basis viele gibt, die gegen diese reaktionären Gesetze kämpfen wollen. Nur: die Bürokraten sowie die anderen diversen SPD-hörigen Kräfte versuchen mit ihrer hartnäckigen Unterstützung für kapitalistische Wiedervereinigung einen solchen Kampf zu verhindern. Hier geht es nicht um die „Selbstbestimmung der Frau“, wie es im Demonstrationaufruf heißt, sondern um die Mobilisierung der Macht der ganzen Arbeiterklasse in Ost und West gegen kapitalistische Reaktion und den Kurs auf Anschluß.

Den Frauen in der DDR ist es schmerzlich bewußt, daß sie unter den ersten sind, die die Auswirkungen eines kapitalistischen Anschlusses zu spüren bekommen. Mit den fortschreitenden Schließungen von Kindergärten sind vor allem Arbeitsplätze von Frauen bedroht. In der BRD ist der Prozentsatz von berufstätigen Frauen einer der niedrigsten unter den industrialisierten Ländern; in der DDR ist er einer der höchsten. Jetzt fürchten berufstätige Mütter um ihre Existenz. In den letzten Monaten sind Schwangerschaftsabbrüche in der DDR rapide angestiegen. Ärzte wie im Klinikum Berlin-Buch berichten, daß ein Großteil ihrer Patientinnen den Wunsch auf einen Abbruch jetzt mit dem „fehlenden Job oder Zukunftsangst“ begründen. Die Angst vor massiven Protesten in Ost und West ließ die CDU-Vorzeigefrauen Bergmann-Pohl und Süßmuth händeringend feststellen, der § 218 könne zum „Knackpunkt“ in den Verhandlungen über die Wiedervereinigung werden.

Stoppt die Memminger Hexenjagd!

Die Bedeutung des Anschlusses für die Frauen in der DDR wird gegenwärtig in Bayern gräßlich veranschaulicht. Mit dem Eifer der Inquisition stellte das Oberste Landesgericht in München die 29jährige Magdalene Federlin aus Memmingen ein *drittes* Mal vor Gericht mit der Anklage, gegen den § 218 verstoßen zu haben. Am 26. April wurde ihr Freispruch (von Ende 1988) wieder aufgehoben und der

Fall an das Memminger Landesgericht zurücküberwiesen. Das Gericht entschied, daß trotz „sozialer Notlage“ (von ihrem Mann allein gelassen, betrieb sie ohne Hilfe einen kleinen Laden) die Adoptionsmöglichkeiten nicht ausreichend untersucht worden wären.

Seit Magdalene Federlin 1987 verurteilt wurde, hat sie mutig nicht nur gegen ihr Urteil gekämpft, sondern gegen die ganze Hexenjagd und die reaktionären Abtreibungsparagrafen überhaupt. Gemeinsam mit dem Frauenarzt Dr. Horst Theissen, der seit Jahren wegen seiner Verteidigung des Rechts auf Abtreibung verfolgt wird, ist sie in ganz Westdeutschland in den Medien und bei Veranstaltungen aufgetreten.

Der Richter in diesem Prozeß, Ermin Brißmann, ist Vorsitzender des „Landeskomitees der Katholiken in Bayern“, das wütende öffentliche Erklärungen abgegeben hat, um die Verfolgung von Dr. Theissen und seinen Patientinnen zu rechtfertigen. Im kapitalistischen Westdeutschland bleibt die elementare bürgerlich-demokratische Trennung von Kirche und Staat eine unerfüllte Aufgabe. Die richterlichen „Lebensschützer“ sind finster entschlossen, diesen Mut und Widerstand zu brechen. Jetzt soll Magdalene Federlin ein *viertes* Mal vor Gericht geschleppt und intim Details sollen nochmals öffentlich ausgeschnüffelt werden. Im Gegensatz zu früheren Entscheidungen spricht das Münchner Urteil dem Gericht selbst das Recht zu, über die „Notlage“ einer Frau zu entscheiden — über die Frau hinweg, über die medizinische Entscheidung ihres Arztes hinweg, in diesem Fall *sechs Jahre* danach! Die organisierte Arbeiterbewegung muß die Verteidigung von Magdalene Federlin zu ihrer eigenen Sache machen!

Der kapitalistische Staat beansprucht für sich das „Recht“, sich in eine der privatesten Entscheidungen einzumischen, die eine Frau zu machen hat: ob sie ein Kind haben will oder nicht. Der Nachfolgestaat des Dritten Reichs besteht wie Hitler darauf, Frauen seien nur Brutstätte, die die Kinder des Vierten Reichs auf die Welt zu bringen haben. Wie wir damals schrieben, als der Prozeß gegen Dr. Theissen eröffnet wurde: „Diese Kinder-Küche-Kirche-Hysterie ist Teil eines allseitigen Angriffs, der die Bevölkerung in einem nationalistischen Rausch aufgeilen soll“ (*Spartakist* Nr. 58, September/Okttober 1988).

Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung!

Heute scheint es den deutschen Revanchisten, daß ihre nassen Träume in der DDR wahr werden, während sie ihren Drang nach Osten vorbereiten, zuerst über die Elbe, und dann über die Oder-Neiße. Die Arbeiterbewegung in Ost und West muß zur Verteidigung der Rechte der Frauen mobilisieren, zur Verteidigung der Homosexuellen, die von einer Ausweitung des reaktionären § 175 bedroht sind, und zur Verteidigung der sozialen Errungenschaften der DDR gegen die drohende kapitalistische Wiedervereinigung.

Am 22. April gingen in Ostberlin mehr als 2000 Leute zu einer Protestdemonstration gegen den § 218 auf die Straße. Wie die Sprecherin für die Spartakist-Arbeiterpartei unter dem Beifall der Demonstranten feststellte:

„Der Vorstoß für das Vierte Reich hat in der BRD lange zuvor begonnen mit der hysterischen Hexenjagd in Memmingen. So geht es nicht nur um den § 218, sondern auch um 219, mit dem die behandelnden Ärzte verfolgt werden. Die deutsche Bourgeoisie verfolgt eine Kampagne „Ausländer raus, Deutsche rein und deutsche Frauen sollen gebären“, dies soll nun in die DDR ausgedehnt werden. Wir aber sagen: Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung! Sofortige Abschaffung der Paragrafen 218 und 219!“ ■

SPARTAKIST-TREFFPUNKT BERLIN

Dienstag und Donnerstag
von 18.00 bis 21.00 Uhr
außer 12.6., dafür Montag, 11.6. geöffnet
Sonnabend von 11.00 bis 14.00 Uhr
Mittwoch, 6.6., 18.30 Uhr - Schulung:
Trotzki und die Russische Revolution
Grünauer Straße 5, 1. Stock
Berlin 1190, S-Bahnhof Schöneweide

KONTAKTADRESSEN

SpAD
Postfach 2002
Berlin 1026

SpAD, Postamt 1
Postlagernd
Halle 4010

c/o Verlag Avantgarde
Postfach 51 06 55
1000 Berlin 51
Tel.: (0 30) 4 92 78 66

U. Nündel
Postamt 25
Postlagernd
Leipzig 7025

Spartakist-Gruppe
Postfach 24 HPA
Greifswald 2200

SpAD
HPA Rostock
Postlag. 01
Rostock 2500

c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31
2000 Hamburg 11
Tel.: (0 40) 32 36 44

M. Schoner
HPA Frankfurt, Postlag.
Frankfurt/Oder 1200

Polnischer Eisenbahnerstreik: Kampfansage an **Solidarność** '„Schockbehandlung“'

Die polnischen Eisenbahner haben ihren Streik in der Nacht zum 29. Mai für zwei Wochen ausgesetzt, weitere Verhandlungen sollen geführt werden. Doch damit ist keine der Fragen gelöst, die Regierung steht den Forderungen der Streikenden weiterhin in einer harten Ablehnungsfront gegenüber.

In Solidarität mit den Streikenden demonstrierte die Ligue Trotskyste de France am 29. Mai vor dem Büro der polnischen Fluglinie LOT, während eines Besuchs des polnischen Premierministers Mazowiecki in Paris. Unsere französischen Genossen trugen Plakate mit den Losungen „IMF blutet die Arbeiterklasse von Polen bis Südafrika aus“, und „Die Arbeiter müssen gegen die kapitalistische Restauration in Polen, in der DDR und der UdSSR kämpfen!“. Mitglieder der Spartakist-Arbeiterpartei führen während des Streiks nach Szczecin, um mit den Arbeitern zu sprechen, und in der darauffolgenden Woche verteilen wir den „Brief an die polnischen Arbeiter“, in polnischer Sprache (abgedruckt auf Seite 6). Beim OPZZ-Gewerkschaftskongress in Warschau am letzten Wochenende verteilen wir über 1500 „Briefe“, die uns von den Delegierten geradezu aus der Hand gerissen und beim Kongress selbst ausgelegt wurden.

Nachfolgend drucken wir einen Bericht über den Eisenbahnerstreik in Szczecin, der in Workers Vanguard Nr. 503 vom 1. Juni veröffentlicht wurde.

SZCZECIN, Polen, 26. Mai — Dies ist der größte und belebteste Hafen Polens. Aber nicht in den letzten drei Tagen. Die gewöhnlich von Menschen wimmelnden Bahnhöfe, die für den Zentralhafen von Szczecin Güter von und nach Nordwestpolen bringen, sind völlig dichtgemacht: ein wilder Eisenbahnerstreik, mit der etwa 200 km von hier entfernten Stadt Slupsk als Zentrum, geht in seine zweite Woche. Jetzt ist auch Gdynia, der zweitgrößte Hafen, zu.

Dies ist die erste ernsthafte Antwort der Arbeiterklasse auf die brutale kapitalistische Austeritätspolitik der Mazowiecki-Regierung, die die Reallöhne um 40 Prozent gesenkt und zum ersten Mal seit vier Jahrzehnten Massenarbeitslosigkeit in Polen hervorgerufen hat. Die bisher größte Kampfansage an die „Schockbehandlung“ der von Solidarność geführten Regierung elektrisiert das Land. Und den Widerhall wird man spüren von den Erdölfeldern bei Tjumen und den Kohlebergwerken des Kusbass in Sibirien bis hin zu den Fabriken in der DDR, sowie im kapitalistischen Westen.

Die Streikkomitees der Eisenbahner sind sowohl von Solidarność als auch von dem früher offiziellen stalinistischen Gewerkschaftsverband OPZZ unabhängig. In den letzten paar Tagen hat sich der OPZZ jedoch für die Unterstützung des Streiks ausgesprochen. Inzwischen hat Walesa im Radio den Streik verurteilt und „demagogische Kräfte“ beschuldigt, das Land in den „Bürgerkrieg“ zu führen. Verhandlungen scheiterten heute wieder, als Arbeitsminister Jacek Kuron, einstiger Liebling der westlichen Linken, seine harte Linie gegen jegliche Lohnerhöhung verfolgte. Die Streikenden bei der Bahn stürmten wutentbrannt aus dem Treffen mit Kuron hinaus.

Der Hauptbahnhof in Szczecin, der Güterbahnhof, der Hafbahnhof und die zwei anderen Bahnhöfe in der Stadt sind alle in der Hand von Arbeitern, die sie besetzt

halten. Vor den Eingängen gibt es Schilder mit der Aufschrift „Besetzungstreik“, und Streikposten stehen Wache gegen mögliche Provokationen. Der Hauptbahnhof ist in ein Streikhauptquartier für die Stadt verwandelt worden. Alle Türen sind mit Nägeln und Draht fest verschlossen und von innen mit aufeinandergestapelten Bänken verbarrikiert.

Außerhalb des Bahnhofs gibt es Mannschaftswagen der Polizei sowie Armeelastwagen. Die Lastwagen werden dazu benutzt, zivile Fahrgäste zu transportieren, in einem kläglich scheiternden Versuch, den Streik zu umgehen und zu brechen. Doch die starke Militärpräsenz um den Bahnhof herum dient als eine drohende Warnung der Regierung, daß sie gegen den Streik mit einer groß angelegten Militäraktion vorgehen könnte.

Als ein Team von Workers-Vanguard- und Spartakist-Korrespondenten sich an diesem Morgen dem Hauptbahnhof näherte, sahen sie sich einer Horde von etwa 100 Streikgegnern gegenüber, mit Bannern wie: „Reden wir mit den Eisenbahnarbeitern! Wir unterstützen Mazowiecki!“ Dies war der zweite Tag dieser streikfeindlichen Mobilisierungen. Hinter den Barrikaden aus Bänken, am einzigen verbleibenden Eingang zum Bahnhof, stand eine feste Kampffront von 50 Streikenden mit roten und weißen Armbinden und wehrte den schreienden Pöbel geduldig, aber bestimmt, ab.

Die Streikbrecher behaupteten, „empörte individuelle Bürger“ zu sein, und die Regierung in Warschau und die westliche imperialistische Presse haben geschrien, daß die Streikenden bei der Bevölkerung isoliert seien. Doch wie es ein Streikender sehr klar ausdrückte, sind diese „spontanen“ Demonstrationen gegen den Streik „organisiert von Solidarność“. Es wird immer deutlicher, daß es gerade die von Solidarność geführte prokapitalistische Regierung ist, die bei der Bevölkerung isoliert ist.

Solidarność scheint bei den Streikenden allgemein verachtet zu werden, sie reichen Karikaturen von Kuron herum. Manche Illusionen in die Anfangszeit von Solidarność halten sich jedoch immer noch, so behauptet ein von Marian Jurczyk geführter Verein, „Solidarność '80“ genannt, der sich für die „wahre Solidarność“ hält, den Streik zu unterstützen. Jurczyk war auf dem Gründungskongress von Solidarność 1981 einer der fanatischsten Antikommunisten. Und seither besteht das „wahre Gesicht“ im Programm von Solidarność, die unbeschränkte Ausbeutung des „freien Marktes“ wiederherzustellen, durch die heute das polnische Volk geplündert wird.

Der Streik begann am 10. Mai mit einem Hungerstreik von etwa 50 Eisenbahnarbeitern in Slupsk, die eine sofortige Lohnerhöhung um 110 Prozent forderten, um mit der täglichen Preisexplosion bei Waren des täglichen Bedarfs Schritt halten zu können. Das Austeritätsprogramm bedeutet für die Masse der polnischen Werktätigen buchstäblich langsame Aushungerung. Lebensmittel sind in den Regalen der Geschäfte vorhanden — es gibt in den Schaufenstern sogar importierte high-tech Video-, Fernseh- und Stereogeräte. Doch es gibt praktisch keine Käufer in den Geschäften. Heute kostet sogar ein Kilogramm von der

Fortgesetzt auf Seite 14

List do polskich robotników

Robotnicy polscy!

Z jednej strony, stoi dziś przed wami wewnętrzna groźba powrotu do kapitalizmu, który już w Polsce zaczął operować, a od zewnątrz grozi wam opanowanie przez imperializm. Solidarność, chcąc się pozbyć niezyskownych przedsięwzięć i sprzedać resztę Zachodnim bankierom, skazuje ludzi pracy na głód. A w międzyczasie, imperializm niemiecki, na drodze do Czwartej Rzeszy, patrzy łakomo na ziemię poza Odrą i Nysą, i nawet dalej.

Czekają was ciężkie walki w obronie prac, o zabezpieczenie środków utrzymania dla waszych rodzin i zabezpieczenie przyszłości waszych dzieci. Już miały miejsce zawzięte strajki w kopalniach Śląska i w innych okolicach, a na kolejach zaczęły się tenraz duże strajki. Ale żeby pokonać te wrogie siły, cele polskich robotników muszą sięgać ponad czysto ekonomiczne żądania. Sama wola do walki nie wystarczy—niezbędne jest zrozumienie tego co się stało i program polityczny oparty o prawdziwe potrzeby międzynarodowej klasy robotniczej.

Dziewięć, czy osiem lat temu, w okresie Stalinizmu, wielu z was popierało Solidarność, widząc w niej alternatywę do bałagaństwa i twardej garści biurokracji. Trzykrotnie, w 1956, 1970 i 1976, polscy pracownicy buntowali się przeciw sprzedajnym rządowi biurokracji. Ale w latach 1980-81 była zasadnicza zmiana. Centrala, zgrupowana wokół Wałęsy składała się od samego początku z zatwardziałych antykomunistycznych nacjonalistów których kierunek polityczny był dyktowany przez papieża Wojtyłę i Ronalda Reagana, a nie przez potrzeby robotników. Czerwone sztandary klasy robotniczej zostały zastąpione przez orła z koroną, przez kult krzyża i Piłsudskiego, a Międzynaródka zastąpiona hymnami kleru.

Na swoim pierwszym kongresie narodowym we wrześniu 1981, Solidarność powzięła pierwsze kroki na drodze do objęcia władzy, konsolidując swój program wokół rządu o "wolne wybory" i "wolne związki zawodowe", niedopuszając nawet wzmianek o socjalizmie i nawołując do zniesienia planowanej gospodarki państwowej. W rzeczywistości było to nawołanie do "wolnego rynku" do bezlitosnego i nieopohamowanego wyzysku przez kapitalizm. Z daleka ostrzegaliśmy o poparciu jakie Solidarność otrzymywała od CIA (Centralna Agencja Wywiadu Amerykańskiego) i od bankierów. Rozwinęliśmy wtedy intensywną propagandę międzynarodową, pod hasłem: "Skończyć z kontrrewolucyjną Solidarnością!"

Dziś Solidarność objęła ster rządu. Co wam to dało? Podlegliście tego rodzaju terapii wstrząsów jaką to zwykle stosują dyktatury Ameryki i Południowej. Wykrwawiają was nie tylko bankierzy z Frankfurtu i Wall Street, ale także ich międzynarodowe kartele, nie mówiąc już o IMF (Międzynarodowy Fundusz Walutowy), który jest nadzorcą polityki skazywania milionów z Trzeciego Świata na nędzę i głód, poto tylko żeby opłaty stopy procentowej płynęły szybkim potokiem.

Wałęsa mówi że w Polsce kapitalizmowi czas jest dać szansę. Kapitalizm miał już w Polsce szansę i jego powrót to droga powrotna do tego zacofania i szowinizmu który, wraz z pogromami, był częścią ciemnej przeszłości. Otwarcie rozwija się agitacja antysemicka. Szybki wzrost fanatyzmu i bigoterii religijnej zagraża kobietom, których prawo do spędzenia płodu jest już pod znakiem zapytania. Ludzie starsi, słabowici i bezrobotni już muszą żebrać o jedzenie w nowo otwartych kuchniach dla ubogich.

A teraz czeka was prospekt zostania wasalami imperializmu niemieckiego, który już dąży do stworzenia Czwartej Rzeszy. Wasi bracia i siostry którzy pracują w Niemczech, widzą już co to oznacza. W Zachodnich Niemczech albo się wsadza polskich uchodźców i imigrantów do więzienia, albo deportuje się ich w ramach planu "Noc i Mgła", który już bardzo przypomina dawne plany SS. Polacy w NRD to kozły ofiarne, uważani za "spekulantów" biorących udział w akcji imperializmu mającej na celu zdeorganizowanie ekonomii i wyprzedaży planowanej gospodarki organizowanej przez byłych kierowników stalinowskich.

Pochłonięcie NRD przez niemiecki kapitał też jest znakiem kontrrewolucji kapitalistycznej. Resultat tego to kolosalne bezrobocie i zniesienie opieki społecznej dla wszystkich robotników w NRD, podczas gdy w Zachodnich Niemczech, finansowanie wzrostu obrotów handlowych niemieckiego kapitału odbywa się kosztem niżki dobrobytu robotników Zachodnio niemieckich. Wynikiem tego mogą być zacięte, wzajemnie się niszczące, szowinistyczne walki między różnymi warstwami ludzi pracy. Ale może to też spowodować silną walką zjednoczonej klasy robotniczej. Tą kwestię może rozstrzygnąć jedynie rewolucyjne i międzynarodowe przywództwo klasy robotniczej.

Łamiąc Układ Warszawski i popierając skrajnie nacjonalistyczny antysovietyzm, Solidarność jest odpowiedzialna za stworzenie klimatu w którym rozwinęły się dążenia do stworzenia Czwartej Rzeszy. 600.000 sowieckich żołnierzy poległo walczyć o uwolnienie Polski z niewoli nazistowskiej. Czyż by mieli zginąć na próżno?

Aczkolwiek skolektywizowanie gospodarki w Europie Wschodniej było decyzją narzuconą z zewnątrz, przez biurokrację Stalinowską, było to jednak wielkim historycznym osiągnięciem które odradzający się kapitalizm usiłuje obalić. Grunt na którym te ruchy reakcyjne wyrosły był od lat przygotowywany przez biurokrację Stalinowską, która w jałowych i próżnych pogonkach za "pokojowym współżyciem" skapitulowała przed konterrewolucyjną polityką imperializmu na terenie międzynarodowym, a w Polsce związała się z nacjonalizmem. Reżym Gorbaczewa i jego polityka "reformy rynku" dodał popędu i odwagi tym prądom reakcyjnym. Winne temu było te wielkie kłamstwo o "budowie socjalizmu w jednym kraju". Teraz, śmiertelna groźba wisi nad samą kołyską Wielkiej Socjalistycznej Rewolucji Październikowej.

Robotnicy polscy! Zamiast piśsudczyzny i nacjonalizmu, patrzcie wprzód do dnia odzyskania tradycji *proletariatu międzynarodowego*, którego uosobieniem była Róża Luksemburg—wasza największa postać rewolucyjna. Żydówka z Lublina, wychowana w Warszawie, Luksemburg poświęciła swoje życie dla celu zjednoczenia polskiej, rosyjskiej i niemieckiej klasy robotniczej. Walczyła z każdym objawem nacjonalizmu i szowinizmu, z reformizmem i samozadowoleniem biurokracji. Dzisiaj musicie się zjednoczyć z niemieckimi i sowieckimi robotnikami i odtworzyć rewolucyjną jedność

do walki klasy przeciw kapitalistom i imperialistom—waszymi wspólnymi wrogami w tym boju o Sozialistische Stany Zjednoczone Europy, oparte o władzę rad robotniczych.

Ci co przygotowywali grunt do odrodzenia kapitalizmu, nie mogą brać udziału w walce o jego obalenie. Ideologia Stalinizmu jest już pogrzebana, w grobie i w Polsce nieopłakana. Od sierpnia 1914, socialdemokracja została chętnym narzędziem w rękach imperializmu kapitalistów, głosującym w Niemczech za kredytami na imperialistyczną wojnę. Wielu samozwańczych Trockistów pokazało swoje prawdziwe sociodemokratyczne oblicze, latami głośno popierając Solidarność, a nawet powtarzając jak papugi po zaciekłe antykomunistycznych i antysemitkich odcinkach KPN wezwania do zlikwidowania Układu Warszawskiego. W 1983, jeden z tych pseudo Trockistowskich teoretyków, Ernest Mandel, witał kierowników Solidarności jako „najlepszych socjalistów na świecie”. Ale Trockistowski program obalenia Stalinowskiej biurokracji przez proletariacką rewolucję polityczną, jest oparty o obronę a nie o zniesienie form wspólnoty własności środków produkcji w biurokratycznie spaczonych państwach robotniczych.

Niemiecka Partia Robotnicza Spartakist: sekcja Międzynarodowej Ligi Komunistycznej (Czwarta Międzynarodówka), jest jedyną która jasno i niedwuznacznie potępiła kapitalistyczny Anschluss NRD, stawiając swoich kandydatów w wyborach Volkskammer 18go marca i w czasie ostatnich miesięcy. My walczyliśmy z każdym objawem szowinizmu, i ucisku narodowościowego przeciw Polakom i innym robotnikom imigrantom w Niemczech, a w Polsce przeciw Żydom i Polakom pochodzenia niemieckiego.

Tylko Trockiści mają program oporu przeciw kontrrewolucji kapitalistycznej i wojnie imperialistycznej. Jest to program oparty o powrót do prawdziwego komunizmu Róży Luksemburg i Lenina. Podstawą jego jest walka w obronie osiągnięć Wielkiej Sozialistycznej Rewolucji Październikowej i o powiększenie tych osiągnięć przez rewolucję socjalistyczną obejmującą cały świat kapitalistyczny. Naprzód do Trockistowskiej partii w Polsce, sekcji odrodzonej Czwartej Międzynarodówki!

z 6 maj 1990

Brief an die polnischen Arbeiter

Polnische Arbeiter!

Ihr seid jetzt mit der Restauration des Kapitalismus konfrontiert, die im Innern schon im Gange ist, und mit der Gefahr der erneuten imperialistischen Vorherrschaft von außen. Solidarność zwingt die Werktätigen dazu, bitteren Hunger zu leiden, um unprofitable Unternehmen loszuwerden und den Rest an die westlichen Banken zu verkaufen. Mittlerweile drängt der deutsche Imperialismus auf die Errichtung eines Vierten Reichs und sieht mit gierigen Augen zur Oder-Neiße-Grenze und darüber hinaus.

Es stehen Euch verzweifelte Kämpfe zur Verteidigung Eurer Arbeitsplätze und Eures Lebensunterhalts bevor, zur Verteidigung Eurer Familien und der Zukunft Eurer Kinder. Bei der Eisenbahn haben große Streiks begonnen, in den Bergbaugebieten von Slask und anderswo hat es schon bittere Streiks gegeben. Aber um gegen das Aufgebot gewinnen zu können, das gegen Euch steht, werden die polnischen Arbeiter über rein ökonomische Forderungen hinausgehen müssen. Dies erfordert nicht nur Kampfesgeschlossenheit, sondern auch ein politisches Verständnis von der bisherigen Entwicklung und ein politisches Programm, das auf den wahren Interessen der internationalen Arbeiterklasse basiert.

Vor acht oder neun Jahren haben viele von Euch Solidarność unterstützt, die darin eine Alternative zur Mißwirtschaft und zur schwer lastenden Bürokratie unter dem Stalinismus gesehen haben. Schon dreimal — 1956, 1970 und 1976 — haben sich die Werktätigen in Polen gegen die Mißwirtschaft der Bürokratie erhoben. Aber 1980/81 war es anders. Die zentrale Führung um Lech Walesa bestand von Anfang an aus verhärteten antikommunistischen Nationalisten, deren Politik nicht von den Bedürfnissen der Arbeiter bestimmt wurde, sondern vom Vatikan unter Papst Johannes Paul Wojtyła und vom Weißen Haus unter Ronald Reagan: Die roten Fahnen der Arbeiterklasse wurden durch Pilsudskis Adler und Kreuz ersetzt; das Singen der Internationale wurde durch die Hymnen der Priester ersetzt.

Bei ihrem ersten Kongreß im September 1981 hat Solidarność Kurs auf die Machteroberung genommen und sich um ein Programm konsolidiert, das „freie Gewerkschaften“

und „freie Wahlen“ forderte, selbst die Erwähnung von Sozialismus ablehnte und dazu aufrief, der Planwirtschaft ein Ende zu setzen. In Wirklichkeit bedeutete dies der „freie Markt“ von unverhüllter und gnadenloser kapitalistischer Ausbeutung. Aus der Ferne warnten wir davor, daß Solidarność eine „gelbe Gewerkschaft im Dienste von CIA und Banken“ ist, und wir organisierten eine dringende internationale Propagandakampagne mit der zentralen Losung: Stoppt die Konterrevolution von Solidarność!

Jetzt hat Solidarność die Zügel der Regierung übernommen. Was hat sie Euch gebracht? Ihr müßt die Art von ökonomischer „Schockbehandlung“ erleiden, die gewöhnlich von lateinamerikanischen Juntas durchgeführt wird. Ihr werdet ausgeblutet von den Frankfurter Bankiers, von Wall Street und vom Kartell der Weltbanken, dem Internationalen Währungsfonds, der die bewußte Verelendung und Aushungerung von Millionen in der Dritten Welt beaufsichtigt, damit der Fluß der Zinsen nicht abbricht.

Walesa sagt, daß es an der Zeit sei, dem Kapitalismus in Polen eine Chance zu geben. Aber der Kapitalismus hatte in Polen seine Chance schon, und seine Restauration bringt all die Rückständigkeit und den Chauvinismus der dunklen, von Pogromen geplagten Vergangenheit zurück. Offen antisemitische Agitation grassiert. Die Frauen sehen sich einer scharfen Eskalation von reaktionärer und religiöser Bigotterie ausgesetzt, ihr Recht auf Abtreibung ist bedroht. Die Alten, die Schwachen, die Arbeitslosen zwingt man dazu, in den Suppenküchen um ein bißchen Essen zu betteln.

Nun droht Euch, vom deutschen Imperialismus zu Vasallen gemacht zu werden, bei seinem Drang zu einem Vierten Reich. Eure Kollegen und Kolleginnen, die nach Deutschland gegangen sind, um zu arbeiten, haben schon einen Eindruck davon bekommen, was das bedeutet. In Westdeutschland werden polnische Flüchtlinge und Immigranten in Nacht- und Nebel-Aktionen inhaftiert oder deportiert, die an die SS erinnern. Im Osten werden polnische Arbeiter als „Spekulanten“ zum Sündenbock gestempelt für die imperialistische Kampagne der wirtschaftlichen Destabilisierung und den Aus-

Fortgesetzt auf Seite 14

Workers Power/Arbeitermacht für kuschelweiche kapitalistische Restauration

Wir drucken im folgenden einen Artikel aus *Workers Hammer* Nr. 113 (März/April 1990) ab, der Zeitung der Spartacist League/Britain. Viele Punkte, die in diesem Artikel angesprochen wurden, waren das Thema einer lebhaften öffentlichen Debatte über die Frage, „Trotzkismus – was er nicht ist und was er ist“ zwischen Sprechern der *Arbeitermacht* („Bulletin der Liga für eine revolutionär-kommunistische Internationale in der DDR“ [LRKI]) und der Spartakist-Arbeiterpartei am 3. Mai in Berlin. *Arbeitermacht* selber hat in der DDR kaum Gehör gefunden, aber ihre Positionen sind für das Spektrum von Pseudotrotzkisten symptomatisch, die ihre Unterwürfigkeit gegenüber der kapitalistischen Restaurationspolitik der Sozialdemokratie als „Antistalinismus“ zu verkaufen versuchen.

Während der ganzen Debatte waren die Sprecher von *Arbeitermacht* in der Defensive, und zwar aus gutem Grund. Die vorherrschende Gruppierung in der LRKI ist die englische Workers Power Gruppe, deren Hauptmerkmal ihre bedingungslose Loyalität zur sozialdemokratischen Labour Party ist. Konfrontiert mit der Frage von Revolution und Konterrevolution im deformierten Arbeiterstaat DDR hat der üblicherweise hin und her schwankende Zentrismus der LRKI eine scharfe Rechtswende vollzogen und ist den Kräften der kapitalistischen Wiedervereinigung hinterhergelaufen. Der Sprecher von *Arbeitermacht* versuchte sogar, die Gefahr eines Vierten Reichs zu bestreiten, für ihn ist es nur das „von euch sogenannte Vierte Reich“! Trotz dreimaliger Aufforderung von Rednern der SpAD verweigerten die Sprecher der LRKI eine Antwort auf die Frage, ob sie mit ihrer Forderung nach dem Abzug der Roten Armee nicht auch (logischerweise) die Auflösung der NVA fordern. Die LRKI lädt praktisch die Bundeswehr und NATO-Truppen ein, in die DDR einzumarschieren.

Ihre Haltung zur russischen Frage kam auch sehr klar in ihrer Position zu Litauen zutage. *Arbeitermacht* (Mai 1990) zieht gegen die „sowjetische Besatzungsarmee“ vom Leder und gibt der nationalistischen und offen prokapitalistischen Sajudis bedingungslose Unterstützung, obwohl sie selber zugeben, daß sie auch „halb-faschistische Elemente“ einschließt. Vor lauter „antistalinistischem“ Eifer richtet die englische *Workers Power* (Mai 1990) sogar einen direkten Appell an ihre imperialistischen Herren, der Konterre-

volution im Baltikum beizustehen: „Wir sollten verlangen, daß die britische Regierung Litauen anerkennt und bedingungslos die Güter zur Verfügung stellt, die von Litauen erbeten wurden. Arbeiter in ganz Europa sollten sich weigern, Warensendungen weiterzuleiten, die für Litauen bestimmt waren und dann umgeleitet wurden.“

In den 15 Jahren, die Workers Power nun schon existiert, hat sie immer die Labour Party unterstützt, egal ob Labour eine Partei der bürgerlichen Koalition war oder als Streikbrecher gegen die Bergarbeiter aufgetreten ist.

Das abstoßendste Beispiel ihres Hinterherlaufens hinter der Sozialdemokratie lieferte die österreichische Gruppe Arbeiterstandpunkt vor einigen Jahren, als sie die Amnestie-Linie der SPÖ für den Nazikriegsverbrecher Kurt Waldheim wiederkäute. Bei der Debatte zitierte ein Sprecher der SpAD aus ihrem Artikel, dessen Überschrift „Zwingt Waldheim zum Rücktritt“ genau auf der Linie der SPÖ lag. Der Artikel liest sich wie ein Verteidigungsplädoyer für Klaus Barbie. Schließlich war Waldheim nur ein „Schreibtischtäter und Mitwisser im Stabsoffiziersrang“ und ein „Ex-Nazi“ (*Arbeiterstandpunkt*, Februar 1988, Hervorhebung von uns)! Wenn es um Stalinisten geht, dann will die LRKI Blut sehen, aber im Fall von Nazikriegsverbrechern ist ihre Haltung „Schwamm drüber“!

Allein der Gedanke, eine öffentliche politische Debatte zwischen gegnerischen Tendenzen abzuhalten, ist in der DDR nach 45 Jahren von stalinistischem Bürokratismus eine neue Erfahrung. Jetzt versuchen die verschiedenen linken Gruppen, in trauter Eintracht eine Volksfront-„Einheit der Linken“ um die PDS herum zusammenzuzimmern. So fand vor einer Woche in Berlin ein „Streitgespräch“ zwischen Gregor Gysi und Ernest Mandel statt, bei der die beiden Redner sich nur im Grad ihrer Kapitulation vor der Sozialdemokratie unterschieden. „Abrüsten unter uns“, nannte es Gysi, „ein mutiger Schritt zu einer neuen Solidarität unter Linken in Europa“, kommentierte *Neues Deutschland* (28. Mai). Und wie der Artikel richtig schlußfolgert: „viel zu moderat, viel zu wenig kontrovers“ für die Mitglieder der Spartakist-Arbeiterpartei, die auf der „reinen Lehre beharren“.

Eine wirkliche leninistisch-trotzkistische Partei kann nur durch scharfen politischen Kampf mit diesen politischen Quacksalbern aufgebaut werden.

Im letzten November, mitten in der politischen Revolution, die die Herrschaft der stalinistischen Bürokratie in der DDR zertrümmerte, stellte Workers Power die Überreste der auseinanderfallenden stalinistischen Bürokratie auf gleiche Stufe mit dem Imperialismus. „Nieder mit den stalinistischen und imperialistischen Plänen zur Restauration des Kapitalismus!“, erklärte die von Workers Power gegründete Liga für eine Revolutionäre Kommunistische Internationale (LRKI) in ihrer Resolution „Über die politische Revolution in der DDR“. Sechs Monate später, nachdem die Parteien der kapitalistischen Konterrevolution die Wahlen am 18. März haushoch gewonnen hatten, fordert

Workers Power, daß die stalinistischen Überreste der PDS, die durchgängig vor dem imperialistischen Ansturm für kapitalistische Wiedervereinigung kapituliert hatte, die Front gegen kapitalistische Restauration halten soll. Wie läßt sich dieser Widerspruch erklären?

In der April-Ausgabe ihrer Presse schreibt Workers Power:

„Wir müssen fordern, daß SPD und PDS mit keiner Allianzgeführten Regierung auch nur irgendetwas zu tun haben. Sie müssen dazu gezwungen werden, ihre Stimmen im Parlament dazu zu benutzen, jede Änderung in der Verfassung zu blockieren, die dieser Re-

stauration und allen anderen gegen die Arbeiter gerichteten Maßnahmen dient. Sie müssen ins gegenwärtige Parlament eine Gesetzgebung einbringen, die für die Arbeiterklasse ist, und sie müssen die Allianz dazu zwingen, vor den Arbeitern, die für sie gestimmt haben, dazu in Opposition zu treten.“

Dies geht über den üblichen parlamentarischen Kretinismus von Workers Power hinaus. Die SPD war das Trojanische Pferd für kapitalistische Konterrevolution in der DDR. Sie verlor genau deshalb gegenüber Kohls CDU, weil viele sich gesagt haben: wozu die sozialdemokratischen Büttel wählen, wenn man gleich die Bankiers mit dem großen Geld in der Tasche kriegen kann. Die SPD hat sich bereits als Partner von Kohls „Großer Koalition“ mit der Allianzregierung zusammengetan. Und was die PDS angeht, so haben deren Volkskammerabgeordnete am 5. April in der einstimmigen Abstimmung genauso für die Streichung der Präambel zur Verfassung ihre Hand gehoben, in der die DDR als „ein sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern“ bezeichnet worden war.

Vor den Wahlen schrie Workers Power nach Blut und rief dazu auf, „die stalinistischen Parasiten und Spione zur Strecke zu bringen“. Offensichtlich hatte Workers Power als Beispiel den Massenaufstand im Sinn, durch den die stalinistische Familiendiktatur von Nicolae Ceausescu in Rumänien gestürzt wurde. Diese stalinophoben Zentristen wurden durch den Anblick stalinistischen Bluts, das in den Straßen Rumäniens floß, wirklich angeregt. Begeistert über „eine wirkliche, bewaffnete und blutige Revolution“ glorifizierte Workers Power die Revolte gegen Ceausescu zu einer großen Arbeiterrevolution und verglich sie sogar mit der bolschewistischen Revolution von 1917! (Was aus dieser wunderbaren Revolution herauskam, war eine Regierung, die die Ungarn angreift und antisemitisch ist; aber Workers Power kann Hoffnung schöpfen — sie hat König Michael nicht erlaubt, zurück ins Land zu kommen.) Jetzt umarmt Workers Power die „konterrevolutionären“ Stalinisten der PDS, die sich mit mehr als nur ihrem Namen als effektiv sozialdemokratischer Teil der Kräfte gezeigt haben, die für kapitalistische Restauration sind. In ihrer Rolle als „Opposition“ im „Parlament“ der Volkskammer ist die PDS ein Wesen, das die „Little England“-Labour-Party-Linken von Workers Power wirklich gut begreifen können.

Der Krug geht so lange zum Brunnen, bis er bricht

Zur Zeit des imperialistischen Aufschreis über die sowjetische Intervention in Afghanistan 1980 erklärte Workers Power öffentlich, daß sie vollständig von ihren Ursprüngen in der Socialist Workers Party von Tony Cliff gebrochen und Trotzki's Verständnis der Sowjetunion als bürokratisch degenerierten Arbeiterstaat angenommen haben. Obwohl sie erklärten, sie hätten Cliffs Staatskapitalismus-Position abgelehnt, hat Workers Power nie von der Methodik des Antisowjetismus des Dritten Lagers gebrochen, d. h. einer Position, die die stalinistische Bürokratie als eine rein konterrevolutionäre Kraft ansieht.

Zwar beziehen sie formal zu Afghanistan eine Position der Verteidigung der Sowjetunion, als es aber konkret wurde, verurteilte Workers Power die sowjetische Intervention gegen die von den Imperialisten unterstützte feudale Reaktion als „konterrevolutionär“. (Sie verurteilten genauso den sowjetischen Abzug als „konterrevolutionär“.) 1981 unterstützten sie „kritisch“ Solidarność, obwohl sie sogar zugaben, daß Solidarność an der Macht kapitalistische Restauration bedeuten würde. Jetzt, nachdem die von Solidarność geführte Regierung in Polen ihr Programm für

kapitalistische Restauration umsetzt, vertritt Workers Power mit Nachdruck: „Polen: Keine Rückkehr zum Kapitalismus!“ Aber als Workers Power mit den sich rapide entwickelnden Ereignissen in der DDR konfrontiert wurde, zerbrach der Krug wirklich in tausend Stücke.

Hier wurde die Dritte-Lager-Position über die stalinistische Bürokratie als einer monolithischen neuen herrschenden Klasse vollständig widerlegt, und Trotzki's Verständnis bestätigte sich völlig, daß die Bürokratie eine zerbrechliche und widersprüchliche Kaste ist — die gleichzeitig von der Existenz der kollektivierten Eigentumsformen des Arbeiterstaats abhängig ist, während sie als Transmissionsriemen für den Druck des feindlichen Weltimperialismus bei der Unterminierung des Arbeiterstaats agiert. Die Bürokratie fiel angesichts der Massenproteste gegen ihre Herrschaft und unter dem zunehmenden Druck des westdeutschen imperialistischen Revanchismus völlig auseinander. Die Alternativen waren kraß gestellt: entweder ein Arbeiterräte-Deutschland, das die korrupte, nationalistische stalinistische Bürokratie ersetzt, oder kapitalistische Konterrevolution.

„Zerschlagt die kapitalistische Restauration“ lautete die Überschrift der ersten Ausgabe von *Arbeitermacht*, Zeitung der deutschen Sektion der LRKI. Aber bezwungen von der Logik, daß die stalinistische Bürokratie eine vollständig konterrevolutionäre Kraft ist, endete Workers Power — wenn auch von „links“ — damit, die imperialistische Kampagne für Anschluß der DDR nachzuäffen. Nirgendwo kommt das klarer zum Ausdruck als bei ihrer Forderung für den Abzug der sowjetischen Truppen aus der DDR.

In einer redaktionellen Bemerkung unter dem Titel „Deutschland — nein zur kapitalistischen Einheit“ (*Workers Power*, März 1990) schreiben sie:

„Der Warschauer Pakt wurde als Antwort auf die imperialistische Bedrohung der Sowjetunion und der Staaten, die von ihr erobert wurden, gegründet. Während seine Truppen eine Form von Verteidigung der nachkapitalistischen Eigentumsformen dieser Staaten waren und sind, bestand der einzige Kampf, den sie jemals geführt haben, in der Unterdrückung der aufständischen Arbeiterklassen der DDR, Polens, Ungarns und der CSSR. Dies war die Hauptfunktion des Warschauer Paktes und wir sind für seine Auflösung und den Rückzug seiner Truppen.“

Zu erklären, daß der einzige Kampf, den die sowjetischen Truppen geführt haben, die Unterdrückung des osteuropäischen Proletariats gewesen ist, zeigt eine Haltung, die

Fortgesetzt auf Seite 10

Abonnieren die Zeitung der SpAD!

Volles Abo (8 Ausgaben):
DM 10,—/10 Mark der DDR
Alle Abo's enthalten
Spartacist
(deutsche Ausgabe)

Bestellt bei:

c/o Verlag Avantgarde
Postfach 51 06 55
1000 Berlin 51
Postgiro Ffm 119 88-601

Postfach 2002
Berlin 1026
Sparkasse der
Stadt Berlin, DDR
Konto-Nr. 6652-44-314496

SPARTAKIST

VERLAGSGESellschaft FÜR SPARTAKIST ARBEITERMÄCHTIGUNG DEUTSCHLAND
1. MÄRTZ 1990
Die SpAD wurde gegründet als eine internationale Arbeiterorganisation, die sich für die Abschaffung des Kapitalismus und die Errichtung der Arbeitermacht einsetzt.

Beschwichtigung des Imperialismus



Gorbatschow beugt sich einem vierten Reich

Die Sowjetunion ist in der Lage, die imperialistische Bedrohung zu überdauern, weil sie die Arbeiterklasse in der DDR, Polen, Ungarn und der CSSR unterdrückt. Die Arbeiterklasse in der DDR, Polen, Ungarn und der CSSR ist die einzige Kraft, die die imperialistische Bedrohung abwehren kann. Die Arbeiterklasse in der DDR, Polen, Ungarn und der CSSR ist die einzige Kraft, die die imperialistische Bedrohung abwehren kann.

Nein zum D-Mark-Anschluß!

Arbeitermacht...

Fortsetzung von Seite 9

selbst den Ablauf der Geschichte leugnet. Was ist mit 1. dem Bürgerkrieg in Rußland 1918/19, 2. dem Krieg gegen Pilsudskis Polen 1920, 3. gegen Japan in der Mandchurei 1937 und 1939, 4. der Invasion von Finnland, 5. dem Krieg gegen Nazideutschland 1941, 6. der Intervention in Afghanistan 1979?

Im vergangenen Jahr war die sowjetische Armee in Polen, der CSSR, Ungarn und der DDR politisch von der Moskauer Regierung neutralisiert worden. Mit der Ausnahme von Rumänien, wo keine sowjetischen Truppen stationiert waren, gab es kein Blutvergießen. Genötigt von seinen eigenen internen Problemen hat Gorbatschow die Schleusen geöffnet, und Osteuropa ist in politischem Aufruhr explodiert — aus allen Lagern, in jegliche denkbare Richtung, von offenen kapitalistischen Restauratoren bis zu antibürokratischen Kommunisten.

Gorbatschows gegenwärtige Bereitschaft, über einen Rückzug der sowjetischen Truppen aus der DDR zu verhandeln, ist ein extremes Beispiel von stalinistischem Verrat angesichts des imperialistischen Drucks, und ein Verrat, der die Existenz der Sowjetunion bedroht. Aber Workers Power bezieht seine Seite. Es ist offenkundig, daß ein Rückzug der Roten Armee für die Konsolidierung eines wiedervereinigten kapitalistischen Deutschlands notwendig ist. Workers Power stellt die Wirklichkeit auf den Kopf mit der Behauptung, daß die Imperialisten die sowjetischen Truppen „als eine Kraft ansehen, jegliche lokale Opposition zur Restauration in Osteuropa im allgemeinen zu verhindern“ (*Workers Power*, April 1990).

Die sowjetische Armee spielt eine widersprüchliche Rolle und spiegelt damit die Widersprüche wider, von denen stalinistische Bürokratien geprägt sind. 1953 wurden die sowjetischen Truppen dazu eingesetzt, eine proletarische politische Revolution in der DDR zu unterdrücken; doch sogar Workers Power gibt zu, daß diese Truppen gleichzeitig eine „Form der Verteidigung der nachkapitalistischen Eigentumsverhältnisse“ waren. Nichtsdestotrotz fordern sie den Abzug dieser Truppen, was nichts anderes bedeutet, als die Schaffung eines Machtvakuum zu fordern, das nur von den Truppen der westdeutschen Bundeswehr und des NATO-Imperialismus ausgefüllt werden könnte. Und weiter, wenn Workers Power ihre eigene Stellungnahme ernstnimmt, daß der Warschauer Pakt „gegründet wurde als Antwort auf die imperialistische Bedrohung gegen die Sowjetunion“, wie können sie ihren angeblichen Anspruch, die Sowjetunion gegen imperialistische Angriffe zu verteidigen, damit vereinbaren, daß sie die Auflösung des Warschauer Pakts fordern?

Der Grundtenor von Workers Power lautet, daß es unbedeutend ist, wenn der Ausgang des Zweiten Weltkriegs umgekehrt wird. Ihrer Logik nach waren die bürokratisch aufgezwungenen sozialen Revolutionen im sowjetisch besetzten Osteuropa nach dem Krieg „konterrevolutionär“. (Was könnte eine „konterrevolutionäre“ Niederschlagung des Kapitalismus heißen — es sei denn vielleicht eine Rückkehr zum Feudalismus? Am nächsten kommt dem gegenwärtig die von Mullahs geführte „Islamische Revolution“ im Iran, die Workers Power unterstützt hat, weil sie eine „Massenbewegung“ war.) Auf Ostdeutschland angewandt bedeutet diese schwachsinnige Formulierung, daß die Gründung der DDR in der „konterrevolutionären Niederwerfung“ von Adolf Hitlers faschistischem Staat bestanden hätte! Auf den Seiten der theoretischen Zeitung von Workers Power, *Trotskyist International* (Nr. 4, Frühjahr 1990), lesen wir, daß die „Spaltung Deutschlands eine reak-

tionäre Ablehnung des Rechts auf Selbstbestimmung war“. Wenn dies der Fall ist, dann sollte Workers Power das Wahlergebnis vom 18. März als einen Sieg für die Selbstbestimmung der deutschen Nation ansehen!

Der antifaschistische Protest in Treptow

Mit ihrer Auffassung, daß die sowjetischen Truppen in der DDR eine „Besatzungsarmee“ seien, hatte Workers Power offensichtlich Probleme zu erklären, daß 250 000 Bürger der DDR am 3. Januar im Treptower Park eine Kundgebung abhielten, um die Rote Armee zu ehren und gegen die Nazischmierereien am Ehrenmal für die sowjetischen Soldaten zu protestieren, die gefallen sind, als sie Europa von Hitlers Nazis befreiten. Unsere deutschen Genossen initiierten einen Aufruf zu einer massiven Arbeitereinheitsfrontaktion, um die Faschisten zu stoppen. Wir brachten den Aufruf direkt zur SED-Führung und forderten sie auf, daran teilzunehmen. Die SED war so weit entfernt von der Arbeiterklasse und fürchtete sie so sehr, daß sie zuerst unseren Vorschlag ablehnte. Aber als unser Aufruf in Fabriken in ganz Berlin verteilt wurde, mobilisierten die Stalinisten ihre Kräfte und übernahm schließlich die Demonstration. Eine Viertel Million Menschen kam, um gegen die Naziprovokation zu protestieren und um ihren Willen auszudrücken, die DDR gegen kapitalistische Restauration zu verteidigen.

Unsere deutsche Zeitung *Arprekorr* stellte fest, daß wir „Trotzkisten zum ersten Mal in der Geschichte der DDR das Wort ergreifen konnten, um zu Arbeitereinheitsfront, Arbeitermilizen und Arbeiter- und Soldatenräten aufzurufen.“ Unsere Kritik an der Inkompetenz und der ökonomischen Mißwirtschaft der SED-Parteidiktatur und an Gorbatschows marktorientierten ökonomischen Reformen der Perestroika in der UdSSR rief Zwischenrufe aus der Großteils aus SED-Mitgliedern bestehenden Menge hervor.

Alarmiert durch die Treptow-Mobilisierung, in der sie richtigerweise die Kräfte sahen, die den kapitalistischen Anschluß verhindern könnten, verstärkten die Imperialisten und ihre sozialdemokratischen Strohänner ihre Kampagne, um die DDR in die Wiedervereinigung zu treiben. Die westdeutsche Presse versuchte mit Überschriften wie „Angst in der DDR — Nazi-Trick der SED“ und „Die SED profitiert vom Neofaschismus“ die SED zu verleumden, sie sei für die faschistischen Provokationen verantwortlich.

Was war die Antwort von Workers Power? In einem 18-seitigen Pamphlet mit dem Titel „Die Politik der Spartacist League“ höhnte ihre Schwesterorganisation, die Irish Workers Group:

„Eifrig dabei, sich selbst in der ganzen Welt — betrügerischerweise — als die Repräsentanten des Trotzkismus darzustellen, drucken sie in ihrer Presse zahlreiche Flugblätter, Reden und Erklärungen ab, die ihre Aktivitäten in Berlin widerspiegeln. Vieles davon bezieht sich auf einen ‚Ostberliner Protest gegen eine faschistische Schändung des sowjetischen Ehrenmals‘, auf dem, wie sie behaupten, 250 000 sagten: Keine Nazis in Ostdeutschland.“

Im Gegensatz zu unserer „Behauptung“, daß dies eine starke antifaschistische Mobilisierung war, scheint die IWG die gleiche Einschätzung der Treptower Demonstration zu haben wie die westdeutschen Imperialisten und die Sozialdemokraten, daß dies nämlich eine gigantische List der auseinanderfallenden Stalinisten gewesen sei, um ihren Staatssicherheitsapparat zu stärken.

In der DDR dagegen — wo Westdeutschlands Kanzler Helmut Kohl Skinheads einsetzte, um seine eigenen Massendemonstrationen für kapitalistische Wiedervereinigung

zu schützen — dachte die LRKI offensichtlich, sie könnte nicht damit durchkommen, die Lügen der Sozialdemokraten gegen die Treptower Demonstration zu wiederholen. In ihrem „Aktionsprogramm für die Arbeiter in Ostdeutschland“, erschienen am 13. Februar, schreiben sie:

„Die Schändung des sowjetischen Ehrenmals und jüdischer Gräber und die rassistischen Angriffe auf eingewanderte Arbeiter zeigen die dringende Notwendigkeit für eine antifaschistische Einheitsfront, eine Einheitsfront, die alle Arbeiterorganisationen einschließen würde, besonders die der eingewanderten Arbeiter, und alle ehrbaren Antifaschisten. Die Anti-Nazi-Kundgebung in Treptow war der erste Schritt in diese Richtung. Aber es beginnt erst!“

Es war ein „erster Schritt“, dem Workers Power wie einem heißen Eisen aus dem Weg ging! Sie wollten nichts zu tun haben mit einer prinzipientreuen und dringend notwendigen Einheitfront mit der SED, die gegen die Sturmtruppen für ein kapitalistisches Viertes Reich gerichtet war. Die SED-PDS kapitulierte vollständig angesichts der imperialistischen Lügen- und Destabilisierungskampagne, die der Treptower Demonstration folgte. Jetzt, wo die PDS in ihrer Oppositionsrolle wie ein Abklatsch der Sozialdemokraten in der Volkskammer auftritt, fordert Workers Power sie auf, die Arbeiter der DDR gegen kapitalistische Konterrevolution zu verteidigen!

In der März-Ausgabe von *Workers Power* steht: „Kurz

nach der SED [Treptow]-Kundgebung ... versuchte die SED-Regierung, die Sicherheitspolizei (Stasi) wiederaufzubauen, wurde aber durch Massenmobilisierungen und durch die Stürmung von Stasigebäuden daran gehindert. Für Revolutionäre ist dies genau der Stoff, aus dem die Revolution gemacht wird.“ Workers Power spricht hier von einer Erstürmung des Stasi-Hauptquartiers durch den Mob am 16. Januar in Berlin. Unter den Beteiligten war ein harter Kern von faschistischen Skinheads. Besonders gut zu sehen war ein Banner in den Farben der westdeutschen Fahne, auf der „Deutschland, einig Vaterland“ stand, und Plakate, auf denen „SED-PDS, Partei der Stasi“ zu lesen war. Dies ist der „Stoff“, aus dem kapitalistische Konterrevolution gemacht wird. Aber in ihrer hirnlosen Begeisterung für „antistalinistische Aktionen“ konnte Workers Power den Unterschied zwischen Revolution und Konterrevolution nicht erkennen.

Jetzige und frühere Mitglieder der SED-PDS und jeder, der mit dem früheren stalinistischen Regime der DDR in Verbindung gebracht wird, sieht sich nun der Aussicht gegenüber, in antikommunistischen Hexenjagden verfolgt zu werden (wie es in Westdeutschland geschah, zuerst durch den amerikanischen Geheimdienst, der frühere Gestapo-Agenten benutzte, und dann fortgeführt von der BRD-Regierung und den Sozialdemokraten in den Gewerkschaften). Unter der Losung „Rote raus“ — dies war der

Fortgesetzt auf Seite 12

Denn wie man sich bettet, so lügt man . . .

Vor zwei Monaten haben wir über ein kleines Grüppchen von Typen berichtet, die für kurze Zeit und versehentlich durch unsere Partei gegangen sind, und die wir wegen Diebstahls von Parteieigentum ausgeschlossen haben (siehe „Sie haben den falschen Wagen geklaut“ *Arbeiterpressekorrespondenz* Nr. 28, 20. März). Eine Weile lang haben sie sich „SpAD/L“ genannt. Sie sagten, daß das „L“ für „Leninisten“ stünde, aber „Ladaisten“ trifft es eher.

Dann tauchten sie am 1. Mai als „Leninistisch-Trotzkistische Partei/DDR“ auf, im Bund mit der Westberliner sogenannten „Gruppe Vierte Internationale“ (GIVI), und legten als ihre gemeinsame Grundlage ein *Iskra Arbeiterkorrespondenz Bulletin* vor. Die GIVI besteht aus Personen, die während des Höhepunkts des antisowjetischen Kriegskurses Anfang der 80er Jahre aus unseren Reihen geflohen sind, weil sie nichts mit unserem Hochruf auf die Intervention der Roten Armee gegen die von der CIA finanzierten Reaktionen in Afghanistan zu tun haben wollten, ebensowenig wie mit unserer offenen Verteidigung des Abblockens von *Solidarność* konterrevolutionärem Putschversuch im Dezember 1981.

Jetzt kamen sie beim Pariser Politfestival von Lutte Ouvrière mit der Nachricht heraus, daß sie sich bereits wieder verkracht haben. Schamlos bestätigt die GIVI in einer „überarbeiteten und aktualisierten“ Fassung ihrer „Gemeinsamen Erklärung“, daß ihre Grundlage im Haß auf die trotzkistische Politik der SpAD bestand: ihr „alleiniges Verbindungsglied zum Trotzkismus“ ist ihr „Auftreten gegen die IKL-Verleumdungen“. Mit einem Wort, Antitrotzkismus.

Was hat es nun mit den „IKL-Verleumdungen“ auf sich, mit der „Verleumdung“ der Ladaisten beispielsweise, daß sie unser Parteieigentum gestohlen haben? Merkwürdigerweise scheint die GIVI jetzt einem

gewissen Dieter B. und seinem Grüppchen genau dieselbe Art von Machenschaften vorzuwerfen, vor denen wir gewarnt hatten. Originalton GIVI: „Prinzipien der Revolution wurden verkauft für ein schnödes kleinkapitalistisches Projekt“. Als „unabhängiger Geschäftsführer“ soll er „den Aufbau eines von der Partei unabhängigen kleinkapitalistischen Verlages“ betrieben haben. Dann schloß er Gunther I. wegen „stalinistischen Verhaltens und der Politik des Gerossen“ aus, und es soll noch „um jede Menge Parteigelder“ gehen (ebenda).

Wen wundert es, wenn die GIVI selbst dann noch diese dubiosen Gestalten gegen die „bürokratischen“ Spartakisten verteidigen, wenn sie ihnen gerade einen Fußtritt mitten ins Gesicht verpaßt haben. Insofern die GIVI/Ladaisten überhaupt irgendeine politische Linie gehabt haben, war es für zwei getrennte deutsche Parteien, eine recht häßliche Form von symmetrischem Nationalismus — kleinpreußischer Nationalismus auf seiten der Ladaisten und Westberliner Nationalismus auf seiten der GIVI — verknüpft mit Angriffen auf uns als *gesamtdeutsche* Partei der Arbeiterklasse, was nur der organisatorische Ausdruck des revolutionären Programms für ein Arbeiterrätendeutschland ist. Und wenn es um entscheidende soziale Fragen wie Rassismus oder die Unterdrückung der Frauen geht, kommt bei antisowjetischen Sozialdemokraten nur der größte Dreck zum Vorschein. Nachdem wir ihre nach CSU riechende Forderung „Schluß mit der bisherigen Praxis, Kinder abzuschieben in Kindergärten, Horte o. ä.“, angriffen, haben sie diese Aussage jetzt klammheimlich aus ihrer „Überarbeitung und Aktualisierung“ gestrichen. Ihre rührende Besorgnis über das „Recht“ der Frauen, zu Hause zu kochen, haben sie beibehalten.

Daher unser Rat zum Schluß: Keine Joint ventures mit diesen Leuten!

Arbeitermacht...

Fortsetzung von Seite 11

Schrei der faschistischen Banden, die Kohls CDU-Kundgebungen durchkämmten — versuchen die Kräfte der kapitalistischen Restauration jeden, der die Interessen der Arbeiter verteidigt, auszuschalten. In ihrer Berichterstattung nach den Wahlen gibt sogar Workers Power zu, „den Weg zum Kapitalismus ebnen heißt auch Säubern des Staatsapparat von jedem ‚unzuverlässigen‘ Element aus stalinistischen Tagen“ (*Workers Power*, April 1990). Doch Workers Power sind die Leute, die in ihren Aufrufen zu blutigen „antistalinistischen“ Säuberungen unersättlich waren.

Warum Workers Power lügt

Um den Widerspruch zu lösen zwischen ihrem Aufruf, „die kapitalistische Restauration zu zerschlagen“, und der Tatsache, daß sie in jeder zentralen Frage auf der Seite der kapitalistischen Konterrevolution standen — von der Forderung, die Rote Armee abzuziehen, der Wiederholung der sozialdemokratischen Lügen über die Treptower Demonstration, bis zur Bejubelung der Angriffe von rechten Banden auf Stasi-Zentralen —, phantasiert Workers Power über die „Stalinophilie“ der Spartakisten. Nach den Wahlen vom 18. März — in denen die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands die einzige Partei war, die einen klaren und eindeutigen Standpunkt gegen die kapitalistische Wiedervereinigung hatte — schreibt Workers Power: „Während sie sich als die ‚Verteidiger der geplanten Eigentumsverhältnisse‘ darstellten, ignorierten sie völlig die 40 Jahre von Privilegien, Diebstahl und konterrevolutionärer Tyrannei, die Stalinismus für die Arbeiter der DDR bedeuteten“ (*Workers Power*, April 1990).

Was haben „die Spartakisten“ gesagt? Hier ein Zitat aus dem „Manifest und Kampfprogramm“, von dem mehrere Hunderttausende während der Wahlkampagne verteilt wurden:

„Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands kämpft bei dieser Wahlkampagne gegen die kapitalistische Konterrevolution und für eine *proletarische politische Revolution* gegen den Stalinismus, die bis zum Ende geht... Wir allein kämpfen für eine Planwirtschaft, nicht von der willkürlichen Alleinherrschaft einer Bürokratie beherrscht, sondern auf Basis einer breiten und durchgreifenden Arbeiterdemokratie. Die Arbeiter müssen die Kontrolle der Betriebe und Einrichtungen in ihre eigenen Hände nehmen, indem sie Räte aufbauen, wo alle Strömungen der Arbeiterklasse vertreten sind... Tausende und Abertausende in der DDR haben an den Idealen der sozialen Gerechtigkeit festgehalten — Arbeiter, Genossenschaftsbauern, Soldaten, sogar viele in der Bürokratie. Nicht diese Ziele waren falsch: Es war der Stalinismus, der eure Ziele verraten hat! Die Doktrin vom ‚Sozialismus in einem Land‘, diese lügnerische Erfindung von Stalin und Bucharin, war der erste große Verrat an der Oktoberrevolution selbst und hat zu schrecklichen Exzessen geführt.“

Wir haben betont, daß diese Wahlen ein Plebiszit, wenn auch verzerrt durch die imperialistische Einschüchterungskampagne, über die Existenz der DDR selbst war. Es war eine Abstimmung für oder gegen imperialistischen Anschluß der DDR. Und was taten die Anhänger von Workers Power in Deutschland? Sie riefen zur „Stimmenthaltung bei der Wahl“ auf!

Die LRKI versucht auch, uns mit der SED-Forderung nach einem reorganisierten Staatssicherheitsapparat, um den Faschismus zu stoppen, zu identifizieren. „Warum habt

ihr bei der Treptower Demonstration, die wir selbstverständlich auch unterstützten, nicht zentral gegen den SED-Plan für einen neuen Verfassungsschutz agitiert?“ Nur Erzanhänger des Dritten Lagers würden sagen, daß das wichtigste bei einer Demonstration gegen den faschistischen Terror in der DDR wäre, gegen die stalinistische Polizei zu kämpfen. Was haben die „Spartakisten“ bei der Demonstration in Treptow getan? Wir zitieren: „Kein Verfassungsschutz der Welt hat bisher der braunen Pest Einhalt gebieten können. Was wir brauchen ist eine breite Organisation der Arbeitermassen, der Massen der Werktätigen des ganzen Volkes. Die müssen sich organisieren in Räten, in Arbeiter- und Soldatenräten.“ Aber woher soll *Arbeitermacht* das auch wissen? Trotz ihrer vorgeblichen Unterstützung haben sie mit der Demonstration in Treptow nichts zu tun gehabt. Wie dem auch sei, Workers Power glaubt ja nicht einmal seinen eigenen Lügen. In Britannien mußten sie anerkennen, daß wir für Arbeitermilizen zur Verteidigung gegen faschistischen Terror eintreten, während sie dazu nur abschätzig meinten, „das klingt natürlich revolutionär — bis wir herausfinden, daß ihre Hauptaufgabe der Schutz sowjetischer Kriegsgräber ist!“

Selbstverständlich gibt es eine ganze Reihe von politischen Differenzen zwischen uns und Workers Power. Aber um ihrer eigenen Interpretation der Ereignisse mehr Gewicht zu verleihen, greift Workers Power freizügig zu Fälschungen und Verleumdungen. Warum sollte auch nur irgend jemand in einer Organisation sein wollen, deren Führung bewußt groteske Lügen verbreitet, um gegen uns Punkte zu machen — oder auch gegen irgend jemand sonst. Der Weg zur Kristallisierung von revolutionären Kadern wird verstellt durch eine Phantasie-Version der Ereignisse. Aber für Workers Power ist der Ausschluß der Spartakisten von ihren „öffentlichen“ Veranstaltungen (weil wir vor Jahren bei einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung mit ihrer Gruppe einen Büchertisch aufgestellt haben!) auf die gleiche Ebene gebracht worden wie die Liquidierung der deformierten Arbeiterstaaten. Wie schon J. W. Stalin sehr wohl wußte, sind Lügen der Weg, um den Widerspruch zwischen dem behaupteten Programm und dem, was man in der Praxis tut, zu lösen. Die Verleumdungen und Ausschlußpraktiken von Workers Power sind nur die verwässerte Version der Methoden von Stalin, der die Staatsmacht zu seiner Verfügung hatte, um sie gegen seine Gegner einsetzen zu können.

Zentrismen, die nur verraten, wenn es sich lohnt

Der grundlegende Punkt, der uns in bezug auf die Ereignisse in der DDR von Workers Power trennt, ist unser Verständnis der stalinistischen Bürokratie als einer widersprüchlichen Kaste. Diese Sicht wurde am tiefgreifendsten 1933 in Trotzki's Schrift „Der Klassencharakter des Sowjetstaats“ ausgedrückt:

„Einen wirklichen Bürgerkrieg könnte es nicht zwischen der Stalin-Bürokratie und dem sich erhebenden Proletariat, sondern nur zwischen dem Proletariat und den aktiven Kräften der Konterrevolution geben. Im Fall eines Konflikts zwischen zwei Massen-Lagern könnte von einer selbständigen Rolle der Bürokratie gar keine Rede sein. Ihre einander entgegengesetzten Flügel würden auf verschiedenen Seiten der Barrikade zu stehen kommen. Die weitere Entwicklung würde natürlich vom Ausgang des Kampfes abhängen. Ein Sieg des revolutionären Lagers ist jedenfalls nur unter der Führung einer proletarischen Partei denkbar, die durch den Sieg über die Konterrevolution auf natürliche Weise an die Macht käme.“

Die stalinistische Bürokratie in der DDR wurde nicht durch eine proletarische politische Revolution besiegt, sie kapitulierte ganz einfach vor dem imperialistischen Ansturm.

Die äußerste Zerbrechlichkeit der bürokratischen Herrschaft erlegte ihr autoritäre und totalitäre Qualitäten auf. Sicherlich gab es viele Elemente, die Verbrechen gegen das Proletariat begangen haben. Aber diese Organisation war beileibe nicht nur eine Gruppe von Karrieristen und Privilegierten. Die alte SED war eine Massenpartei mit mehr als 2 Millionen Mitgliedern bei einer Bevölkerung von 17 Millionen. In ihren Reihen — einschließlich in der Armee und im Polizeiapparat — gab es viele ehrliche Menschen, die sich als Kommunisten sahen. Sie fühlen sich zu Recht verraten durch die jetzt aufgedeckten Lügen, die Korruption und die Mißwirtschaft der SED-Führer.

Mit ihrer Linie „Nieder mit dem Stalinismus! Nieder mit dem Kapitalismus!“ hat Workers Power an den zu großen Teilen an der SED-PDS orientierten Massen der Werktätigen in der DDR Verrat geübt. Wenn der Stalinismus auf eine Stufe mit dem Kapitalismus zu stellen ist, warum dann nicht für das Narrengold des Versprechens eines DM-„Wohlstandes“ stimmen? Nach der Workers-Power-Logik des Dritten Lagers sollte es keinen Unterschied machen, daß die Parteien eines deutschen Vierten Reichs jetzt in Ostdeutschland an der Regierung sind. Im Gegenteil, die Arbeiter der DDR sollten die Erfüllung der Forderung von Workers Power feiern, „jeden dreckigen Bürokraten und Geheimdienstagenten aufzuspüren und zu bestrafen, der für die DDR-Arbeiter 40 Jahre lang das Leben zur Hölle gemacht hat“. Aber jetzt erzählt Workers Power der Arbeiterklasse in der DDR, sie solle auf die selben „dreckigen Bürokraten“ in der PDS und auf die sozialdemokratische Partei der kapitalistischen Restauration, die SPD, schauen, um Rettung zu erlangen.

Die Imperialisten geifern danach, die Bevölkerung der

DDR als ein neues Niedriglohn-Getto für das westliche Kapital auszubeuten und die DDR als Startrampe für die imperialistische Eroberung der Sowjetunion zu besetzen. Es wird nicht leicht sein. Viele Verteidigungskämpfe stehen bevor. Die Aufgabe von revolutionären Marxisten ist es, gemeinsam mit der Arbeiterklasse der DDR zu kämpfen, sich gegen den imperialistischen Anschluß zu verteidigen, und diese Kämpfe mit denen der Arbeiter in der BRD zu verbinden. Dies wird die Voraussetzungen für den Tag schaffen, an dem die deutschen Arbeiter in die ökonomische und politische Offensive gehen werden — für die eigenen Interessen und für das Wachsen einer größeren deutschen Arbeiterpartei, und um dem Proletariat weiter östliche Mut zu machen und indirekte Führung zu geben.

Workers Power hat versucht, sich als *der* „linke Flügel“ im Spektrum der Labour-Linken in Britannien einzunisten, so etwa in Richtung der Rolle, die die British Independent Labour Party (ILP) in den 30er Jahren gespielt hat. Die ILP brach zusammen, als sie im Angesicht des imperialistischen Zweiten Weltkriegs und wachsender politischer Unruhe in der Arbeiterklasse damit konfrontiert war, revolutionäre Schlußfolgerungen ziehen zu müssen. Jetzt, angesichts des imperialistischen Drangs, die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs umzudrehen und die sozialen Errungenschaften der DDR zu zerschlagen, die aus den Trümmern von Hitlers Drittem Reich aufgebaut wurden, explodierte der zentrale Widerspruch der Workers-Power-Abart eines Zentrismus vollständig. Sie waren nicht zu dem Versuch imstande, den Abstand zwischen Trotzismus und dem Dritten Lager zu überspringen. Stattdessen zeigte sich Workers Power hundertprozentig auf Linie und spielte die Rolle des Wasserträgers der kapitalistischen Konterrevolution. Keine noch so große Anhäufung von lügnerischen Angriffen auf die Spartakisten kann diesen Betrug überdecken, es könnte aber eine Eintrittskarte für sie sein, um ILP-Führer Fenner Brockway zu ersetzen. ■

Hände weg von PDS...

Fortsetzung von Seite 1

FDJ ein, um Dokumente zu fordern. Dies war Diestels Polizei, die Skinheads ungeschoren davonkommen läßt, wenn sie auf Mosambikaner einprügeln.

Dieser Angriff ist ein Vorgeschmack auf kapitalistische Wiedervereinigung. Brandts Enkel, wie Lafontaine z. B., haben diese antikommunistische Hexenjagd inszeniert, als ihre „Nachbesserung“ zum Staatsvertrag. Die SPD hatte auch den FDGB angegriffen, und bevor ihn dasselbe Schicksal wie die PDS ereilen konnte, hat er kampfflos das Handtuch geworfen. Der erste Schlag also gegen die Vertretung von Gewerkschaftsinteressen, der zweite gegen die Jugend, die man zum Kriegsdienst vorbereiten will, und der dritte gegen die Partei, um allen linken politischen Parteien zu signalisieren, daß es auf den Kapitalismus zugeht. Die SPD war es auch, die die Hetzkampagne begonnen hat, als am 3. Januar 250 000 Antifaschisten in Trepot gegen die Schändung des sowjetischen Ehrenmals protestiert haben. Mit Verrat und Ausverkauf der Arbeiterklasse haben sie Erfahrung. Denkt an die Mordhetze der SPD, bevor ihre Handlanger Rosa und Karl ermordeten. Und nun fordern sie also die Enteignung! Von wem hat diese Partei ihr Geld erhalten, um sich nach 1945 in Westdeutschland wieder aufzubauen? Von der CIA!

Aber jetzt wie die PDS an diese „Demokraten“ zu appellieren, sich an diese Gesetze zu halten, heißt sich selber den Henkern auszuliefern, und alle anständigen Menschen gleich mit. Sogenannte Demokraten haben doch Be-

rufsverbote, Radikalenerlaß und Ausländergesetze erschaffen. Antikommunismus und Enteignung, wie wir es hier sehen, das hat uns die Geschichte gelehrt, bedeutet Vorbereitung auf den nächsten, diesmal den Dritten Weltkrieg. Denkt an die Herkunft des „arisierten“ Geldes der Deutschen Bank. Aus den Knochen und dem Blut von Millionen von Juden und Zwangsarbeitern aus dem Osten hat sich die deutsche Bourgeoisie ernährt, um nun wieder ihre gierigen Finger auszustrecken. Ihre Enteignung haben wir zu fordern.

Kapitalistische Wiedervereinigung heißt Blut und Gewalt. Wir von der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands haben von Anfang an gesagt: „Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung“, weil wir wissen, daß die Interessen der Werktätigen nur gewahrt werden durch den Kampf für proletarischen Internationalismus. Millionen schauen auf die DDR, weil sie kein Viertes Reich wollen. Sie sind unsere Verbündeten. Von der DDR über Polen bis zu den Völkern der Sowjetunion muß die Arbeiterklasse gemeinsam kämpfen und den imperialistischen Drang zum Vierten Reich stoppen und umkehren. Es ist jetzt die Zeit zu kämpfen, und nicht erst, wenn wir arbeitslos und verboten auf der Straße liegen. Eine neue revolutionäre Partei muß aus deutschen und eingewanderten Arbeitern geschmiedet werden, um gemeinsam das Banner der Oktoberrevolution wieder aufzurichten. Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle! Laßt uns zusammen gegen diese antikommunistische Hexenjagd vorgehen mit den Methoden der Arbeiterbewegung, geschlossen in Aktionen, bei Freiheit der Kritik, mit Arbeiterwiderstand in Ost und West. ■

Brief...

Fortsetzung von Seite 7

verkauf der Planwirtschaft durch die exstalinistischen Betriebsleiter.

Auch das ist ein Ausdruck der kapitalistischen Konterrevolution, der die Anschlußkampagne des deutschen Kapitals in der DDR begleitet. Dies bedeutet eine enorme Massenarbeitslosigkeit und eine Verwüstung der Sozialleistungen für alle Arbeiter in der DDR, während den Arbeitern in Westdeutschland Angriffe auf ihren Lebensstandard drohen, um die Expansion des deutschen Kapitals zu finanzieren. Damit wird entweder ein brutaler, für alle Seiten nur verlustreicher Kampf der verschiedenen Teile der Werktätigen gegeneinander geschürt werden, oder es wird zum Anstoß für machtvolle einheitliche Kämpfe der Arbeiterklasse. Der Schlüssel zur Lösung dieser Frage ist eine revolutionäre internationalistische Führung der Arbeiterklasse.

Mit ihrer Förderung von antisowjetischem Nationalismus und dem Auseinanderbrechen des Warschauer Pakts hat Solidarność mitgeholfen, die Bedingungen für ein Viertes Reich zu schaffen. 600 000 sowjetische Soldaten sind gefallen, um Polen von der Nazisklaverei zu befreien; sie dürfen nicht umsonst gestorben sein! Jetzt versuchen die Kräfte der kapitalistischen Konterrevolution, die historischen Errungenschaften der kollektivierten Ökonomien – wenn sie auch von oben mit stalinistisch bürokratischen Maßnahmen durchgesetzt worden sind – in ganz Osteuropa umzustürzen. Stalinistischer Bürokratismus, Besänftigung des Nationalismus und Kapitulation vor der imperialistischen Konterrevolution im internationalen Maßstab (mit der fruchtlosen Suche nach der „friedlichen Koexistenz“) hat über die Jahrzehnte für diese reaktionären Bewegungen den Boden bereitet. Ihre Entwicklung ist durch die „Marktreformen“ des Gorbatschow-Regimes stark beschleunigt und ermutigt worden. Dazu hat die Lüge vom Aufbau des „Sozialismus in einem Land“ geführt. Jetzt ist das Heimatland der Oktoberrevolution selber tödlich bedroht.

Polnische Arbeiter: Statt Euch an Pilsudski und am Nationalismus zu orientieren, laßt die Tradition des *proletarischen Internationalismus* wiederaufleben, die von Eurer größten revolutionären Persönlichkeit, Rosa Luxemburg, verkörpert wird. Als Jüdin aus Lublin, die in Warschau erzogen wurde, hat Rosa Luxemburg ihr Leben der Schmiedung der Einheit der polnischen, russischen und deutschen Arbeiterklasse gewidmet. Sie hat jedes Auftreten von Nationalismus, Chauvinismus, Reformismus und bürokratischer Selbstgefälligkeit bekämpft. Heute müßt ihr Euch mit den Arbeitern Deutschlands und der Sowjetunion zusammenschließen, um die revolutionäre Einheit im Klassenkampf gegen Eure gemeinsamen kapitalistischen und imperialistischen Feinde wiederzuschmieden im Kampf für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa, die auf der Herrschaft von Arbeiterräten basieren.

Diejenigen, die der kapitalistischen Restauration den Weg bereitet haben, können nicht die Kämpfe anführen, um sie zurückzuschlagen. Der Stalinismus als Ideologie ist in Polen tot, beerdigt und unbeweint. Die Sozialdemokratie ist seit dem August 1914 (und der Zustimmung zu den imperialistischen Kriegskrediten) ein williges Werkzeug des kapitalistischen Imperialismus. Und viele selbsternannte Trotzlisten haben sich durch ihre jahrelange Bejubelung von Solidarność als Sozialdemokraten offenbart, sie haben sich sogar die Forderung von solch rabiat antikommunistischen und antisemitischen Elementen wie der KPN zu eigen gemacht und ebenfalls zur Zerschlagung des Warschauer Pakts aufgerufen. 1983 hat der pseudotrotzkistische Theoretiker Ernest Mandel die Führung von Solidarność als die „besten Sozialisten auf der

Welt“ bejubelt. Aber das trotzkistische Programm der proletarischen politischen Revolution zum Sturz der stalinistischen Bürokratie beruht auf der Verteidigung, nicht der Zerstörung, der kollektivierten Eigentumsformen der bürokratisch deformierten Arbeiterstaaten.

Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), ist die einzige Partei, die klipp und klar gegen den kapitalistischen Anschluß der DDR gekämpft hat durch ihre Kandidaten bei den Volkskammerwahlen am 18. März und während der letzten Monate. Wir kämpfen gegen jeden Ausdruck von Chauvinismus und nationaler Unterdrückung, egal ob sie sich gegen Polen und andere eingewanderte Arbeiter in Deutschland richtet oder gegen Juden und Menschen deutscher Abstammung in Polen. Nur die Trotzlisten haben ein Programm, gegen die kapitalistische Konterrevolution und den imperialistischen Krieg zu kämpfen durch die Rückkehr zum authentischen Kommunismus von Rosa Luxemburg und Lenin – dies ist der Kampf für die Verteidigung und die Ausweitung der Errungenschaften der Oktoberrevolution durch sozialistische Revolutionen in der ganzen kapitalistischen Welt. Vorwärts zu einer trotzkistischen Partei in Polen, Sektion einer wiedergeschaffenen Vierten Internationale.

26. Mai 1990

Eisenbahnerstreik...

Fortsetzung von Seite 5

billigsten Wurst etwa den zweifachen Tageslohn.

Eine 71jährige Frau, die den Streik unterstützt, erzählte verbittert, wie jetzt ihre monatliche Rente von 300 000 Zloty (50 DM) kaum die Kosten für Brot und für ihre Wohnung deckt. „[Präsident] Jaruzelski und Walesa haben genug“, sagte sie, aber „arme alte Menschen“ hungern. Da die Sozialleistungen durch das Austeritätsprogramm kaputt gemacht worden sind, kostete es sie über zwei Millionen Zloty – acht Monate ihrer Rente –, um ihren Mann zu beerdigen, als er vor kurzem starb. Die imperialistische Presse trompetet, daß die landesweiten Kommunalwahlen morgen „Polens erste wirklich freie Wahlen seit dem Zweiten Weltkrieg“ seien, doch es ist zu erwarten, daß praktisch die halbe Wählerschaft nicht hingehet. Wie diese Frau sagte: „Es gibt niemanden zu wählen.“

Die Eisenbahnarbeiter bestehen darauf, daß ihr Streik kein politischer Streik ist. Nach mehr als 40 Jahren Stalinismus und der Erschütterung von Illusionen in Solidarność kann es durchaus sein, daß für viele polnische Arbeiter Politik ein schmutziges Wort ist. Doch wie wir in einem „Brief an die polnischen Arbeiter“ (abgedruckt auf Seite 6 auf polnisch und Seite 7 auf deutsch in dieser Ausgabe) schreiben, erfordert der Kampf der Arbeiter „auch ein politisches Verständnis von der bisherigen Entwicklung und ein politisches Programm, das auf den wahren Interessen der *internationalen* Arbeiterklasse basiert“.

Der Feldzug zur kapitalistischen Restauration in ganz Osteuropa, eingeleitet von Solidarność, wird Explosionen proletarischen Widerstands auslösen. In den letzten zwei Wochen hat es in der DDR bereits Warnstreiks gegeben, auch bei den Eisenbahnarbeitern dort, die eine strategische Position haben. Es ist dringend notwendig, daß die Arbeiter überall, und besonders in der DDR, die polnischen Eisenbahnarbeiter unterstützen in ihrem Kampf gegen die prokapitalistische „Schockbehandlung“. Sieg dem polnischen Eisenbahnerstreik!

Unterstützungserklärungen und Spenden können geschickt werden an Strajk Komitet, Glowna Stancja, Slupsk, Polen. ■

Mumia Abu-Jamal...

Fortsetzung von Seite 3

ner wurde, der zugab, daß er nicht unvoreingenommen sein könnte; und gleichzeitig schloß es elf in Frage kommende Schwarze als Geschworene aus, nur weil die Anklagevertretung es forderte. Die Zeugen machten widersprüchliche Aussagen. Obwohl Mumia danach verlangte, durfte der Bulle, der ihn verhaftet hatte, nicht aussagen. Bei der Urteilsverkündung 1982 vertrat der Ankläger den Standpunkt, daß Mumia zum Tode verurteilt werden muß, einfach wegen seiner politischen Geschichte und Überzeugungen; er behauptete, die frühere Mitgliedschaft von Abu-Jamal in der Black Panther Party und ein 12 Jahre altes Zitat: „politische Macht kommt aus dem Gewehrlauf“, würden beweisen, daß er ein entschlossener Polizisten-Mörder sei!

Die Anklage behauptete, Mumia würde „Berufung auf Berufung auf Berufung“ kriegen, um die Geschworenen glauben zu machen, daß das Todesurteil nie vollstreckt werde. Doch das Gesuch von Mumia an den Obersten Gerichtshof von Pennsylvania, seine Berufung erneut zu verhandeln, wurde am 26. Januar zurückgewiesen — zum zweiten Mal in weniger als einem Jahr wurde sein rechtlicher Einspruch gegen die rassistische Hexenjagd, die ihn zum Sterben verurteilt hat, vom Gericht abgelehnt. Keine rechtliche Barriere steht heute zwischen Jamal und einer Unterschrift, die der Gouverneur unter den Hinrichtungsbefehl setzen kann.

Der Fall Mumia Abu-Jamal zeigt, worum es bei der Todesstrafe geht. Er entlarvt nicht nur die Barbarei und die willkürliche Grausamkeit dieser äußersten Form von Staatsterror, sondern auch den ihr eigenen Rassismus bei ihrer Anwendung. Wie Mumia schreibt: „Die Todesstrafe in Amerika ist ein Symbol, ein Ritual, ein Relikt aus einer Zeit der totalen Herrschaft des einen Volkes über ein anderes. Darin liegt ihre Anziehungskraft in den USA und im Apartheid-Regime in Südafrika“ („Pull the Hood Off the Hangman“ [Reißt dem Henker die Kapuze runter] *Workers Vanguard*, Nr. 477, 12. Mai 1989). In beiden Ländern ist die Todesstrafe das Erbe der Rassenunterdrückung, die ganzen Völkern elementare Menschenrechte verweigert und damit den Menschen auf ein Lasttier und auf verfügbares Eigentum seines Herrn reduziert.

1987 gab der Oberste Gerichtshof der USA zu, daß es zwar bei den Todesurteilen eine Diskrepanz gibt, die von der Rasse des Opfers abhängt (verurteilte Mörder von Weißen kriegen immer noch mit einer 4,3mal so hohen Wahrscheinlichkeit die Todesstrafe wie Mörder von Schwarzen), daß ihm das aber im Grunde egal ist! Das Leben von Schwarzen wird von den Herrschern der USA geringgeschätzt. Heute ist jeder Zweite in der Todeszelle ein Schwarzer oder Hispanic, viermal so viel wie ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung; zwei Drittel von denen, die wie Mumia in Pennsylvania in der Todeszelle sitzen, sind Schwarze.

Das Partisan Defense Committee führt eine massive Kampagne, um das Leben von Mumia zu retten und die rassistische Todesstrafe abzuschaffen. Das PDC ist eine klassenkämpferische, nichtsektiererische Organisation zur rechtlichen und sozialen Verteidigung, die sich für die Fälle und Anliegen einsetzt, die im Interesse der Gesamtheit der arbeitenden Menschen sind. Dieser Zweck entspricht den politischen Ansichten der Spartacist League. Bei einer Kundgebung vom 24. Februar in Atlanta, im Herzen des „Todesgürtel“-Südens, erhoben Gewerkschafter, Studenten und Gegner der Todesstrafe gemeinsam die Forderung: „Stoppt die rassistischen legalen Lynch-

morde, weg mit der Todesstrafe!“ Die Arbeit des PDC für eine große Anti-Klan-Kundgebung in Atlanta im Januar 1989 hatte die Basis dafür gelegt, daß es bei diesen Militanten den Fall Mumia Abu-Jamal vorbringen konnte.

Die Dringlichkeit des Kampfes, das Leben von Mumia und Hunderte von Gefangenen, die im ganzen Land in der Todeszelle sitzen, zu retten, wurde am 5. März unterstrichen, als der Oberste Gerichtshof der USA neue Gründe dafür bekanntgab, die Berufung auf Bundesebene bei vielen Todeskandidaten ablehnen zu können. Jetzt bringen die Bundesstaaten ihre Tötungsmaschinen wieder auf Touren. In Kalifornien, wo 273 Gefangene in der Todeszelle sitzen, hat der Protest (bis jetzt) die erste Hinrichtung dort seit 1967 blockiert.

Über 12 000 Menschen in der ganzen Welt haben sich in Unterschriftenlisten eingetragen mit der Forderung, daß Mumia nicht hingerichtet werden darf.

Wir bitten unsere Leser eindringlich, sich dem Kampf um die Rettung von Mumia Abu-Jamal anzuschließen. Schreibt an Governor Robert Casey, Main Capitol Building, Room 225, Harrisburg, PA 17120, und fordert: „Mumia Abu-Jamal darf nicht sterben!“ Stapel des PDC-Rundbriefes *Class-Struggle Defense Notes*, herausgegeben vom PDC, könnt ihr beim Komitee für soziale Verteidigung (KfSV) bestellen, um eure Nachbarn, Gewerkschaft oder Studentengruppe auf den Fall Mumia aufmerksam zu machen. Um für diesen dringenden Fall einen Beitrag zu leisten, sendet Spenden an Werner Brand, Komitee für soziale Verteidigung, BfG Hamburg, Konto-Nr. 250 110 930 0, BLZ 200 101 11, Stichwort: „Rettet Mumia Abu-Jamal“, und schreibt an das KfSV, c/o B. Fiedler, Postfach 11 17 48, 2000 Hamburg 11.

Nach *Women and Revolution Nr. 37, Frühjahr*

Grüße von Schwarzen/ Arbeiterkämpfern in den USA

Spenden der LBLSD haben die Reise von Don Alexander (siehe Seite 16) ermöglicht. Hier Auszüge eines Briefes der LBLSD an die Arbeiter der DDR:

Die Labor Black League for Social Defense in den USA ist eine kämpferische Organisation von Werktätigen und Angehörigen unterdrückter Minderheiten, brüderlich verbunden mit der trotzkistischen Spartacist League, der US-Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten).

Wir versichern Euch: Wir werden gegen unsere eigene Bourgeoisie kämpfen und Euch beistehen mit all unserer Kraft, um die Restauration des Kapitalismus in der DDR zu verhindern. Wir haben mehrmals gemeinsam mit der Spartacist League und dem Partisan Defense Committee gehandelt, um die Macht der Arbeiterbewegung und der Schwarzen zu mobilisieren, die die Faschisten von der Straße gefegt und die Interessen und das Leben der Unterdrückten verteidigt hat.

Die Imperialisten sind nicht unbesiegbar — die siegreiche Revolution der vietnamesischen Arbeiter und Bauern gegen den blutigen US-Imperialismus hat das klar gezeigt. Richtet Eure Hilfsappelle an die amerikanische und internationale Arbeiterklasse bei Eurem Kampf, die imperialistischen Kriegsherren zu besiegen. Ihr steht nicht allein. Brüder und Schwestern: Wir müssen von Euch hören. Dies ist auch unser Kampf. Wir versprechen Euch: Eure Solidaritätsappelle werden gehört und prompt beantwortet.

SPARTAKIST

**Schwarzer amerikanischer Trotzlist auf Veranstaltungstour:
Für proletarischen Internationalismus!**



Workers Vanguard

Washington, November 1982: Mobilisierung von Arbeitern/Schwarzen stoppte Faschisten

„Freie Welt“ des verrotteten US-Kapitalismus

Schwarze Arbeiter in Amerika glauben nicht an die imperialistische Lüge, daß „Freiheit und Demokratie“ Osteuropa erobern, während sie zu Hause rassistischen Polizeiterror, Faschisten, Massenarbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit und Angriffe auf Gewerkschaften erleben. Die Imperialisten gieren danach, die Arbeiter in der DDR auszubeuten. Wenn es ihnen gelingt, wird dies auch die Werktätigen in den USA noch tiefer in die Verarmung stürzen.

Don Alexander kommt hierher, um über die brutale Realität der kapitalistischen Ausbeutung und rassistischen Unterdrückung in der „Freien Welt“ des amerikanischen

Imperialismus zu sprechen. Er wurde während der Kämpfe für die Befreiung der Schwarzen Ende der 60er Jahre politisch aktiv und wurde in den 70er Jahren für das trotzkistische Programm gewonnen. Alexander ist Mitglied der Zentralkomitees der Spartacist League/U.S. und ein Führungsmitglied der Labor Black League for Social Defense im Gebiet San Francisco (siehe Grüße der LBLSD, Seite 15). Er war ein Organisator von mehreren vom Partisan Defense Committee und der SL/U.S. initiierten Mobilisierungen von Arbeitern/Schwarzen, die Faschistenaufmärsche in Großstädten der USA verhindert haben.

Spartakist-Veranstaltungsreihe im Juni

Berlin

Dienstag, 12. Juni 1990
19.00 Uhr
Humboldt Universität
Hörsaal 2002
Unter den Linden 6
Berlin 1086

Bernburg

Donnerstag, 14. Juni 1990
19.00 Uhr
Jugendklub Zepziger Weg
Zepziger Weg,
Bernburg 4350

Halle

Sonnabend, 16. Juni 1990
17.00 Uhr
Klubhaus der Gewerkschaften
„Hermann Duncker“
Gewerkschaftssaal im Neubau
(4. Stock)
Georg-Schumann-Platz 1, Halle

Eggesin

Sonntag, 17. Juni 1990
10.00 Uhr
Haus der Armee
Eggesin 2112

Rostock

Montag, 18. Juni 1990, 19.00 Uhr
Haus der Demokratie
Ernst-Barlach-Straße, Rostock 2500

Hamburg

Dienstag, 19. Juni 1990, 19.00 Uhr
Curio-Haus
Rothenbaumchaussee 13
2000 Hamburg 13

Weitere Informationen bei SpAD,
Postfach 2002, Berlin 1026
In Westberlin Tel. (030) 4 92 78 66